

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. Jänner 1967

Blatt 186

Vorbereitungen für die Beckmann-Ausstellung

=====

20. Jänner (RK) In der Kleinen Galerie, 8, Neudeggergasse 8, ist bis 4. Februar eine Ausstellung "Max Beckmann - Lithographien und Radierungen" (Leihgaben aus der Sammlung Dr. Stephan Lackner) zu sehen. Diese Exposition gilt als Vorschau auf die vom Kulturamt der Stadt Wien geplante große Ausstellung mit Werken von Max Beckmann (22. März bis 7. Mai, Secession). Deshalb werden auch Reproduktionen wichtiger Werke des Künstlers gezeigt.

Die große Ausstellung des Kulturamtes in der Secession wird sich im wesentlichen mit der kürzlich in Bremen gezeigten Beckmann-Exposition decken. Diese Ausstellung in der Bremer Kunsthalle, die mit einem Besucherrekord von 14.000 Personen und zwei ausverkauften Katalogauflagen schloß, zeigte 49 Gemälde, zehn Handzeichnungen, eine Bronze und 271 Radierungen, Lithographien und Holzschnitte Max Beckmanns (1884 bis 1950).

Die Gemälde stammten bis auf wenige Ausnahmen aus der Sammlung des in Santa Barbara (USA) lebenden Schriftstellers Stephan Lackner und wurden in Europa bisher zum größten Teil noch nicht gezeigt. Lackner baute seine umfangreiche Kollektion in den Jahren 1928 bis 1946 auf und kaufte einen Großteil der Werke im Atelier des 1937 emigrierten Künstlers, darunter das oft reproduzierte "Selbstbildnis mit Horn" (1938), das malerisch kühn in Rosatönen komponierte Porträt von Beckmanns Frau "Quappi" (1932/34) und das große Triptychon "Versuchung" (1936/37). Neben solchen Beispielen von Beckmanns vielschichtiger, über das Modell hinauszielender Porträtkunst und einer jenseits des Expressionismus liegenden Mythologie brachte die Ausstellung auch viele Werke des Landschaftsmalers Beckmann.

Ballkalender

=====

20. Jänner (RK) In der Woche vom 23. bis 29. Jänner 1967 finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Montag, 23. Jänner: Parkhotel Schönbrunn (Ball des Verbandes der Auslandspresse), Sofiensäle (Zuckerbäckerball).

Dienstag, 24. Jänner: Musikverein (Ball der Wiener Philharmoniker), Secession (2. Akademien-Gschnasfest "Hexen diminuendo"), Sofiensäle (Ball der Flugtouristik und des Reiseringes).

Mittwoch, 25. Jänner: Sofiensäle (Ball der Katholischen Hochschuljugend).

Donnerstag, 26. Jänner: Kursalon (Ball der Innung der Gebäudeverwalter, Realitätenvermittler und Inkassobüros), Parkhotel Schönbrunn (Ball der Schönbrunner Gärtner), Sofiensäle (Ball der Neustädter), Vienna Intercontinental (Ball der Österreichischen Jugendbewegung, ÖJB).

Freitag, 27. Jänner: Albert-Sever-Saal (Ball des Drivotrainer-Club), Grünes Tor (Ball der Studentenverbindung Thuringia im MKV), Haus der Begegnung (Ball des Verbandes der Österreichischen Autotaxiunternehmer), Kongreßhaus Wien (Ball der Herz-Jesu-Jugend), Konzerthaus (Ball des Wiener Korporationsringes), Kursalon (Margaretnerbürgerball), Messepalast (Ball der Landesinnung Wien der Gas- und Wasserleitungs-Installateure), Palais Palffy (Cercle der Burse der Hochschulpfadfinder), Palais Pallavicini (Ball der Chemie und Wirtschaft), Parkhotel Schönbrunn (12. Merkurball des Absolventenvereins der Bundeshandelsschule für Mädchen Wien XIII), Redoutensaal der Wiener Hofburg (Ball der K.A.V. Norica), Schwechater Hof (Ball der K.Ö.H. V. Rugia), Secession (3. Akademien-Gschnasfest "Hexen diminuendo"), Sofiensäle (Ball der Technologen), Vienna Intercontinental (Ball des Vereins der Freunde der Floridsdorfer Realgymnasien), Wimberger (Ball des Österreichischer Kameradschaftsbundes).

Samstag, 28. Jänner: Albert-Sever-Saal (Ball des Turnvereins Sokol), Bayrischer Hof (Ball der Egerländer in Wien), Grünes Tor (Ball der Freunde des Fußballklubs Rapid), Hans Neroth's Studio N (Ball der Schlimmen Mädln), Haus der Begegnung (Ball der SPÖ Mariahilf), Hofburg (Wiener Ärzteball), Kongreßhaus Wien (Ball der ÖBB,

Sektion Beschaffungsdienst), Konzertthaus ("Gschnasparade" des Wiener Schubertbundes), Kursalon (Ball der Girozentrale), Messepalast (Ball der Landesinnung Wien der Lederwarenerzeuger, Taschner, Sattler und Riemer), Musikverein (Ball der Industrie und Technik, Techniker-Cercle), Österreichischer Gewerbeverein (Ball der Innung der Drechsler), Palais Auersperg (Ball der Studentenverbindung Franco Bavaria), Palais Berchtold (Kostümfest des Club Méditerranée), Palais Festetics (Ball der Rumänischen Kolonie in Wien), Palais Palffy (Wiener KV-Ball, Studentenverbindung Aggstein), Palais Schwarzenberg (65. Technikerball der Techn. Akadem. Lesehalle), Parkhotel Schönbrunn (Meidlinger Bürgerball), Schwechater Hof (Ball des Klubs der Wiener Fleischhauersöhne und -töchter), Schloß Schönbrunn (Ball der Schloßhauptmannschaft Schönbrunn), Kolpinghaus (Ball der Polizeisportgruppe Mariahilf), Schutzhaus Zukunft (Ball der Österreichischen Landsmannschaft der Böhmerwäldler), Simmeringer Hof (Ball des Wirtschaftsbundes Simmering), Sofiensäle (Ball der Creditanstalt-Bankverein), Vienna Intercontinental (Ball der Organisation Allgemeine Zionisten Österreichs), Wimberger (Ball der Vereinigung der Wiener Kleinkohlenhändler).

Sonntag, 29. Jänner: Grünes Tor (Ball der Pfarre Maria Schmerzen), Hans Neroth's Studio N (1. Kinderkostümfest bei Kasperl Larifari; Nachmittag), Konzertthaus (Ball der Schulgemeinde Wien), Palais Auersperg (Kränzchen des Evangelischen Jugendwerks), Schwechater Hof (Salesianum-Kränzchen), Simmeringer Hof (Ball der Südmährer in Wien), Wimberger (Ball der Alpinen Gesellschaft "D'Kamptaler"), Secession (4. Akademien-Gschnasfest "Hexen diminuendo").

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Geschäftssitzung zusammen. Es lag ein Antrag der ÖVP, betreffend die Novellierung des Gebrauchsabgabengesetzes vor, der der Verwaltungsgruppe II zur weiteren Behandlung zugewiesen wurde.

Neuer Dritter Landtagspräsident

Als erster Punkt der Tagesordnung erfolgte die Wahl des Dritten Präsidenten des Wiener Landtages. Diese Wahl war notwendig geworden, da Abgeordnete Helene Potetz (SPÖ) - der bisherige Dritte Präsident - mit 18. Jänner ihre Mandate als Mitglied des Landtages und Gemeinderates zurückgelegt hat. Präsident Dr. Stemmer drückte Helene Potetz den Dank des Landtages für ihre erfolgreiche Tätigkeit aus und wünschte ihr für ihre weitere Zukunft alles Gute.

Sodann wurde der Vorschlag der SPÖ, Abgeordnete Maria Hlawka zum Dritten Präsidenten zu wählen, mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Nach ihrer Wahl nahm Abgeordnete Maria Hlawka unter dem Applaus des Landtages Platz am Vorsitzendentisch.

Grunderwerb durch Ausländer an behördliche Genehmigung gebunden

Stadtrat Sigmund (SPÖ) legt anschließend dem Landtag ein Gesetz vor, das den Grunderwerb durch Ausländer in Wien betrifft und kurz Ausländergrunderwerbsgesetz genannt wird. Der Referent führt dazu aus:

In den letzten Jahren kam es zunächst in den westlichen Bundesländern, später aber auch in Wien immer häufiger vor, daß Ausländer Grund und Boden erwarben. Im Westen konzentriert sich diese Entwicklung vor allem auf den Ankauf von Erholungsstätten und Jagdgebieten, in Wien werden auf spekulative Weise Grundstücke erworben und kurz danach zu erhöhten Preisen wieder angeboten.

In Wien unterscheidet sich diese Entwicklung von jener in den westlichen Bundesländern, wo der Grundstückserwerb durch Ausländer bereits an die Zustimmung der jeweiligen Landesregierung gebunden ist, in erster Linie dadurch, daß hier ausländisches Kapital vor allem in Wirtschaftsbildern eindringt. Deshalb wurde es auch in Wien notwendig, ein Gesetz zum Schutz der Wirtschaft und von Grund und Boden zu schaffen.

In dem Gesetz wird zwischen Ankäufen unterschieden, die vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung aus erwünscht sind oder eine zukünftige Entwicklung nicht negativ beeinflussen können, und Ankäufen, die unerwünscht sind. Bei letzteren erscheint es deshalb geboten, daß eine österreichische Stelle prüft, zu welchem Zweck und in welcher Absicht der Ankauf erfolgt. Mit dem Gesetz wird außerdem versucht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß solcher Art überprüfte Unternehmungen auch später erhalten bleiben. Empfindliche Strafen drohen jedem, der sich gegen die Absichten und die Bestimmungen des Gesetzes vergeht, und zwar Geldstrafen bis zu 500.000 Schilling oder Arreststrafen bis zu einem Jahr. Das Gesetz, so betont Stadtrat Sigmund abschließend, wurde in langwierigen Beratungen erstellt und hat in wesentlichen die Zustimmung der Parteienvertreter gefunden.

In der Debatte begrüßt es Abg. Maller (KLS), daß mit diesem Gesetz endlich eine Gesetzeslücke in Wien geschlossen werden soll. In Wien zeigt sich die bedenkliche Entwicklung, daß vor allen Kapitalkreisen aus Westdeutschland Geschäftshäuser, Unternehmen und Grundstücke erworben werden. Damit soll, und das ist der tiefere Sinn dieser Erscheinung, eine politische Durchdringung Österreichs durch ausländisches Kapital erreicht werden. Eine ähnliche Entwicklung gab es bereits in der Ersten Republik, ihre Folgen sind nur zu gut bekannt. Daher ist es richtig, daß der Wiener Landtag dem Beispiel anderer Bundesländer folgt. Allerdings ist es dazu schon sehr spät, weil viele Werte bereits in westdeutschen Besitz sind, was der Bodenspekulation Tür und Tor öffnet. Es ist bedauerlich, daß der Landtag keinen genauen Überblick über diese Entwicklung hat.

So sehr dieses Gesetz an sich zu begrüßen ist, betont Abg. Maller, bietet sein Wortlaut auf der anderen Seite aber genügend Möglichkeiten, es zu umgehen. Die KLS-Fraktion wird der Vorlage zwar zustimmen, erwartet jedoch, daß durch Novellierungen die vorhandenen Lücken im Gesetz noch geschlossen werden.

Der Redner stellt dann einen Antrag, im Paragraph 5, Abs. 2 des Gesetzes solle die Frist im Zusammenhang mit der Löschung von grundbücherlichen Eintragungen von drei auf fünf Jahre verlängert werden. Drei Jahre seien ein zu kurzer Zeitraum.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) betont, daß vom Grundsätzlichen her seine Partei keinen Einwand gegen den Gesetzentwurf habe. Man dürfe sich allerdings von diesem Gesetz nicht allzu viel erwarten. Beim Grundstückserwerb durch natürliche Personen aus dem Ausland werde es wenig Schwierigkeiten geben. Anders liegt das schon bei den juristischen Personen. Bei einer Aktiengesellschaft wird es wahrscheinlich schwer zu überprüfen sein, in welchem Eigentum sich die Aktien befinden. Dann gibt es auch eine Reihe von Ausnahmen auf Grund von Staatsverträgen und bei einem Eintritt in die EWG wird es vermutlich ebenfalls nicht möglich sein, die Beschränkungen aufrecht zu erhalten.

Der Redner legt dann zwei Anträge vor, die sich mit dem Paragraphen beschäftigen, der die Ausnahmebestimmungen enthält.

Abg. Dr. Habl (ÖVP) verweist darauf, daß man sich schon seit langem darüber einig sei, daß diese Materie gesetzlich zu regeln wäre, doch konnte der ursprüngliche Entwurf nicht die Zustimmung der ÖVP finden, weil zuviel reglementiert worden wäre. Die ÖVP hatte vor allem dagegen Bedenken, daß sämtliche Grundtransaktionen genehmigungspflichtig geworden wären. Nun konnte jedoch eine einheitliche Auffassung erzielt werden. Seine Partei unterstütze auch den ersten Antrag der FPÖ. Er habe einen fast gleichen Antrag bereits vorbereitet gehabt. Beim zweiten Antrag der FPÖ könne er jedoch diese Unterstützung nicht geben. Keine geeignete Formulierung konnte man in Bezug auf Staatenlose, die ihren ordentlichen Wohnsitz in Österreich haben, finden. Nachdem sich hier eine Umgehungsmöglichkeit hätte ergeben können, mußte auf eine Ausnahme zugunsten dieses Personenkreises verzichtet werden, obwohl man ihm einen Grunderwerb gerne ermöglicht hätte. Letzten Endes muß aber der Gesetzeswert höher gewertet werden, als das

Interesse Einzelner. Durch Ausnahmegenehmigungen in besonders gelagerten Fällen können vielleicht auch hier Härten vermieden werden. Die Grundbuchgerichte, denen die Handhabe des Gesetzes zukommt, werden dadurch nur geringfügig mehr belastet.

Abschließend stellt der Abgeordnete fest, daß das Gesetz auch in der Öffentlichkeit Zustimmung finden wird, da es ja nicht nur auf die persönlichen, sondern auch auf die Förderung volkswirtschaftlicher Interessen abgestimmt ist. Diesem Grundsatz wird in § 4 des Gesetzes Rechnung getragen, wo es unter anderem heißt, daß die Genehmigung zu erteilen ist, wenn am Zustandekommen des Rechtsgeschäfts ein volkswirtschaftliches oder soziales Interesse besteht.

Da dem Gesetz eine gesunde Tendenz innewohnt, werde ihm auch die ÖVP zustimmen.

Abg. Dr. Bohmann (SPÖ) stellt fest, daß es keinen verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker geben wird, der dieses Gesetz nicht begrüßen würde. Wien ist nicht das erste Bundesland, das einen derartigen Beschluß faßt. In Salzburg und in Vorarlberg gibt es bereits ein Ausländergrunderwerbsgesetz und in Niederösterreich, Burgenland und Tirol sind in den Landesgrundverkehrsgesetzen Beschränkungen für den Erwerb von landwirtschaftlichem Grund eingebaut.

Die eingebrachten Anträge, bis auf jenen der KLS bezüglich Fristverlängerung, könne man unterstützen. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf ist der Zeitraum für die Löschung einer Grundbucheintragung auf Grund unrichtiger Angaben mit drei Jahren eingesetzt. Eine Verlängerung dieser Frist wäre für die österreichische Rechtsordnung nicht zweckmäßig.

Wie der Stadtrat in seinem Referat bereits ausführte, wurde das Gesetz aus der Sorge heraus ausgearbeitet, daß die Bodenpreise durch den Verkauf an Ausländer noch höher hinaufgetrieben werden. Daß die gesetzliche Erbfolge im Gesetz ausgenommen wurde, sei zu begrüßen. Die testamentarische Erbfolge zuzulassen, würde nach Ansicht des Abgeordneten die Möglichkeit zu unlauteren Erbverträgen geben. Wo wirkliche Härten entstehen sollten, ist ja die Möglichkeit gegeben, eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Eine kritische Sache sei es mit den juristischen Personen. Es werde Fälle geben, zum Beispiel bei Aktiengesellschaften, wo man die Staatsbürger-

schaft der Inhaber kaum nachweisen wird können. Der Anteil solcher Gesellschaften am Grunderwerb wird aber kaum ein maßgeblicher sein. Da diesbezügliche falsche Angaben aber mit hohen Strafen belegt werden, wird es kaum zu Versuchen kommen, das Gesetz zu umgehen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß der Magistrat ein gutes Gesetzeswerk ausgearbeitet hat. Die sozialistische Fraktion begrüßt dieses Gesetz, denn sie glaubt, daß das Land Wien damit einen Beitrag zu einer ordentlichen Bodenpolitik leistet und daß damit eine weitere Schranke aufgestellt wird, die die unerwünschte Bodenlizitation und Bodenspekulation verhindern hilft.

Landtagspräsident Dr. Stemmer stellt fest, daß die von der Opposition eingebrachten Anträge nicht genügend unterstützt sind, um in Verhandlung gezogen zu werden. Stadtrat Sigmund, der jedoch zu den Anträgen sprechen möchte, habe sich mit ihm ins Einvernehmen gesetzt und ersucht, darüber abstimmen zu lassen, ob die Anträge von den anderen Fraktionen genügend unterstützt und daher in Verhandlung gezogen werden können. Bei der Abstimmung wird dem Antrag der KLS und dem der FPÖ diese Unterstützung einstimmig zuerkannt.

In seinem Schlußwort dankte Stadtrat Sigmund dafür, daß die Diskussionsbeiträge ebenso sachlich gewesen seien, wie die Vorarbeiten für das neue Gesetz. Die von der KLS-Fraktion beantragte Fristverlängerung sei nicht zweckmäßig, weil sie nur den Unsicherheitsfaktor verstärke. Der erste der von Dr. Hirnschall eingebrachten Abänderungsanträge könnte unterstützt werden, die beantragte Erweiterung der Erbfolge wäre aber nicht zu begrüßen, weshalb der Paragraph 3 in der ursprünglichen Fassung bleiben soll.

In der darauffolgenden Abstimmung fand der Antrag der KLS-Fraktion und der Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend den § 3 nicht die erforderliche Mehrheit. Der andere FPÖ-Abänderungsantrag dagegen wurde einstimmig angenommen. Die Gesetzesvorlage wurde unter Berücksichtigung der beschlossenen Abänderung und einiger von Stadtrat Sigmund vorgenommenen Schreibfehlerberichtigungen in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

./.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Bürgermeister Bruno Marek:

Alle Anstrengungen für Wiener UNO-Stadt
=====

20. Jänner (RK) Bürgermeister Bruno Marek übermittelte heute der "Rathaus-Korrespondenz" eine Stellungnahme zur Frage der UNIDO-Ansiedlung in Wien. Der Bürgermeister teilte dazu folgendes mit:

Die Wiener Stadtverwaltung ist selbstverständlich außerordentlich daran interessiert, daß Wien von der UNO zum Sitz ihrer Entwicklungsorganisation erwählt wurde. Daß es sich dabei nicht um ein platonisches Interesse handelt, kann unschwer der Tatsache entnommen werden, daß sich die Gemeinde Wien trotz der bestehenden Raumnot bereit erklärt hat, das neue Bürogebäude neben dem Rathaus, das sogenannte "Felder-Haus" der UNIDO als Provisorium zur Verfügung zu stellen; dies trotz den erheblichen Schwierigkeiten, die aus der anderweitigen Unterbringung der derzeit dort arbeitenden 400 Beamten erwachsen. Es muß hier festgehalten werden, daß die Areale und Bürobauten überwiegend von der Gemeinde Wien angeboten wurden und daß die Stadt Wien auch zu erheblichen finanziellen Zuwendungen bereit ist. Der Wiener Gemeinderat hält in übrigen die Ansiedlung von internationalen Institutionen in Wien für so bedeutend, daß er aus seinen Reihen ein internationales Kontaktkomitee gebildet hat, das sich mit diesen Fragen beschäftigt.

Ich bitte aber um Verständnis dafür, daß wir alle diese Opfer vor der Wiener Bevölkerung nur dann verantworten können, wenn der endgültige Sitz der UNIDO sich auch tatsächlich in Wien

./.

und nicht außerhalb unserer Stadt befinden wird, betonte der Bürgermeister. Ich erkläre hiezu ausdrücklich, daß wir bei dem neugeschaffenen Donaupark, 4,5 Kilometer von Herzen der Stadt, in landschaftlich schönster und klimatisch vorteilhaftester Lage, mit einmaligem Blick auf das Panorama des Wienerwaldes, genügend Flächen für die Ansiedlung nicht nur der UNIDO, sondern einer ganzen UNO-City bereitstellen können, einer UNO-City, die auf Grund ihrer Lage unmittelbar neben den kulturellen und politischen Einrichtungen der Bundeshauptstadt Österreichs situiert sein kann und an ihnen teilhaben wird.

Das Wiener Stadtbauamt wurde beauftragt, im Einvernehmen mit den zuständigen Bundesdienststellen sofort geeignete Vorschläge auszuarbeiten, die den Vertretern der UNIDO bei ihrem nächsten Wiener Besuch unterbreitet werden sollen.

Zusammenfassend stellte Bürgermeister Marek fest, daß der Stadtverwaltung die Bedeutung der Ansiedlung einer internationalen Organisation in ihrer Stadt bewußt ist und daß sie für ihre Realisierung alle Anstrengungen unternommen hat und auch weiter ~~un~~ternehmen wird.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

20. Jänner (RK) Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Bruno Marek teilte dieser mit, daß je eine Anfrage der KLS-Fraktion und der FPÖ-Fraktion vorliegen. Ein Antrag der ÖVP, betreffend Motivenbericht und Wirtschaftlichkeitsberechnung für Gemeindebauvorhaben, wurde dem Gemeinderatsausschuß VI zugewiesen.

Dank an Helene Potetz

Sodann gab Bürgermeister Marek bekannt, daß Gemeinderat Helene Potetz ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen zurückgelegt hat. Aus diesem Anlaß würdigte er ausführlich ihr Leben und Wirken:

"Helene Potetz gehört zu den wenigen, die den Wiener Gemeinderat seit 1945 angehören. Sie entstammt jener Generation, die am eigenen Leib den Wandel der gesellschaftlichen und politischen Struktur miterlebt hat.

Als Arbeiterkind geboren, gewann Helene Potetz früh Anschluß an die Kinderfreunde und fand in dieser Organisation Ersatz für vieles, was ihr das Elternhaus versagen mußte. Nach einer kaufmännischen Lehre trat sie 1933 hauptberuflich in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei, die sie in ihrer Bildungszentrale beschäftigte. Hier entfaltete sie ihr Wirken, das seither entscheidend mitgeholfen hat, das politische Leben unserer Heimat zu formen. Ihre Tätigkeit wurde im Februar 1934 unterbrochen und Helene Potetz wurde mit vielen anderen inhaftiert. Im politischen Untergrund aber arbeitete sie weiter für die Menschenrechte und diese Arbeit war nicht nur ein politisches Bekenntnis, sondern auch ein Bekenntnis zu Österreich.

Darum mußte Helene Potetz auch 1938 neuerlich eine harte Gefängnishaft in Bayern auf sich nehmen, aus der sie in das Konzentrationslager Ravensbrück überstellt wurde. Von dort kam sie erst im Juni 1945 als eine Gezeichnete zurück, aber dennoch mit heißem Herzen und von Liebe zu ihrer Heimatstadt Wien erfüllt. Sie war weder von Haß noch von Rachedgedanken beseelt, sondern vielmehr von dem Willen zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung.

Es war eine bezeichnende menschliche Tat, daß sie in jener Zeit die Mutterstelle an einen hilflosen Kleinkind übernommen hat, das von ihr zu einem tüchtigen Menschen erzogen wurde. In Wiener Gemeinderat verkörperte Helene Potetz den Geist der Versöhnlichkeit und Toleranz und den Respekt vor Andersdenkenden. Sie war Vorsitzender-Stellvertreter in Gemeinderatsausschuß VI und gehörte auch dem Ausschuß IX an. 1962 wurde sie in den Aufsichtsrat der Wiener Städtischen Versicherung berufen. 1964 von Bundespräsidenten mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet, erhielt sie 1965 auch die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Der Wiener Gemeinderat wird ihrem langjährigen Wirken stets ein ehrendes Gedenken bewahren. In seinem Namen spreche ich Helene Potetz den Dank für ihre 21jährige Tätigkeit in Dienste der Stadt Wien aus!"

Anstelle von Helene Potetz rückt der Listennächste des Bezirkes Meidling, Elisabeth Schindler (SPÖ). auf. Dieses neue Gemeinderatsmitglied wurde von Bürgermeister Marek angelobt.

In Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Gemeinderat Helene Potetz ergeben sich auch einige andere Veränderungen:

Wahlen

Anschließend werden weitere Wahlen vorgenommen, da durch das Ausscheiden von Gemeinderat Helene Potetz (SPÖ) und die Zurücklegung von Mandaten in Gemeinderatsausschüssen durch Gemeinderat Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) und Gemeinderat Hasenkopf (SPÖ) mehrere Stellen frei geworden sind. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP werden gewählt: Als Vorsitzende des Gemeinderates GR. Maria Hlawka (SPÖ) (anstelle von Helene Potetz), als Mitglied des Gemeinderatsausschusses V GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) (anstelle von GR. Karoline Pluskal), als Mitglied des GRA.VI GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) (anstelle von Helene Potetz) und als Mitglied der Ausschüsse VII und IX GR. Anton Konir (SPÖ) (anstelle von GR. Hasenkopf beziehungsweise Helene Potetz).

Zwei Sonderzahlungen für städtische Bedienstete

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der Sonderzahlungen für städtische Bedienstete und Ruhegenußempfänger vorsieht, referiert Stadtrat Bock (SPÖ). Wie er feststellt, wurde nach langen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Bundesregierung vereinbart, ab 1. August 1967 die Gehälter um sieben Prozent (mindestens um 175 Schilling monatlich) zu erhöhen. Für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Juli sollen den Bediensteten als Übergangslösung zwei Sonderzahlungen gewährt werden. Überdies wurde vereinbart, ab Februar 1967 Verhandlungen über ein neues Gehaltsgesetz durchzuführen.

Für den Bereich der Stadt Wien sieht der Antrag vor, daß vollbeschäftigte Bedienstete und teilbeschäftigte Bedienstete mit einer wöchentlichen Arbeitsverpflichtung von mehr als 30 Stunden am 1. Februar und am 1. Mai 1967 Sonderzahlungen von je 400 Schilling erhalten. Für teilbeschäftigte Bedienstete mit niedrigerer Stundenanzahl sind entsprechend geringere Beträge vorgesehen. An die Empfänger von Ruhegenüssen sollen unabhängig von den Pensionsprozenten generell je 320 Schilling ausbezahlt werden, für die Bezieher von Versorgungsgenüssen sind Beträge in entsprechender Relation vorgesehen. Außerdem enthält der Antrag Sonderbestimmungen für Bedienstete, die neu eintreten oder ausscheiden. Die Kosten dieser Regelung belaufen sich auf rund 60 Millionen Schilling, wovon 24 Millionen Schilling auf die städtischen Unternehmungen entfallen.

GR. Maller (KLS) erklärt in der Debatte, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, betont jedoch, daß die vorgesehenen Summen völlig unzureichend sind. Er verweist auf einen früheren KLS-Antrag, wonach den städtischen Bediensteten zusätzlich 1.000 Schilling ausbezahlt werden sollten. Dieser Antrag sei jedoch niedergestimmt worden.

Im Schlußwort stellt Stadtrat Bock fest, man habe den KLS-Antrag keineswegs niedergestimmt, sondern der Referent habe erklärt, daß durch die Verwendungszulage der Mehraufwand schon längst abgedeckt sei und ständig abgedeckt werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Erweiterung des Rathaus-Computers

GR. Ing. Hofstätter (SPÖ) referiert zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Elektronenanlage in Rathaus mit einem Kostenaufwand von drei Millionen Schilling vorsieht. Durch die Erweiterung ist es notwendig geworden, einige Räumlichkeiten im Rathaus umzubauen. Da die neuen Anlagen bereits Mitte dieses Jahres geliefert werden, muß sofort mit dem Umbau begonnen werden.

GL. Dr. Bauer (ÖVP) befaßt sich in der Debatte mit den beiden von der Stadtverwaltung eingesetzten Computeranlagen, von denen eine (System Bull Gamma 10) in Rathaus selbst steht, die zweite (IBM 1130) in der Mariannengasse untergebracht ist und zur Berechnung der Strom- und Gastarife dient. Die Anlage in Rathaus ist derzeit auf zwölf Arbeitsgebieten eingesetzt. Der Debattenredner stellt fest, daß es in Anbetracht einer sinnvollen Auslastung der Anlagen notwendig sein wird, ihren Arbeitsbereich auf weitere Gebiete der Verwaltung auszudehnen. Ferner schlägt er eine gewisse "Dezentralisierung" vor, da es möglich ist, Computeranlagen auch von verschiedenen, außer Haus befindlichen Zentren zu speisen. Für eine solche wünschenswerte Dezentralisierung sind allerdings umfangreiche Vorarbeiten notwendig.

Es gibt sozusagen drei Generationen von Rechennaschinen. Die erste war die Röhrenmaschine, sehr aufwendig und reparaturanfällig. Dann kamen die transistorisierten Anlagen und heute haben wir die Anlagen mit räumlich integrierter Schaltung, die bei größter Leistung einen sehr geringen Raumbedarf haben.

Zur Frage Kauf oder Miete bemerkt Dr. Bauer, daß fast alle diese Anlagen gemietet werden, weil sich die Kosten besser amortisieren und alte Maschinen leichter gegen neue ausgetauscht werden können.

Abschließend bedauert der Redner nur, daß die erste Baurate für 1966 von Wiener Gemeinderat heute, somit also faktisch rückwirkend, zu beschließen ist.

GR. Ing. Hofstätter sagt in Schlußwort zu den formalen Einwürfen, das Geld war vorhanden, aber auf einer anderen Ausgabepost. Es wurde daher nur eine Verschiebung vorgenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Grünes Licht für Fernheizwerk Spittelau

Über die baubehördliche Bewilligung des Fernheizwerkes "Spittelau" referiert GR. Nimmerrichter (SPÖ). (Der Beschluß über den Bau selbst wurde in der heutigen Gemeinderatssitzung ohne Wortmeldung genehmigt. - Anmerkung der RK.)

Der Referent betont, daß nun sowohl den gesetzlichen Vorschriften wie auch den technischen Erfordernissen vollkommen Rechnung getragen wurde.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) erinnert an die Bedenken, die er bei der endgültigen Beschlußfassung im Jahr 1965 geäußert habe. Die späteren Ereignisse haben ihm recht gegeben. Heute können wir jedoch sagen, daß alles getan wurde, um eine Gefährdung der Bevölkerung oder der Vegetation zu verhindern.

Der heutige Antrag umfaßt den Bau von zwei Ölkesseln, später sollen zwei Müllverbrennungskesseln dazu kommen und auch zwei Kesseln für Stronerzeugung. Im Vollausbau würden daher stündlich 375 Kilogramm Schwefel ausgestoßen werden. Für die Neutralisierung des Schwefeldioxyd ist daher eine Anlage vorgesehen. Der Redner regt jedoch an, die Anlage so einzurichten, daß auch Erdgas verwendet werden kann. Bei Südostwinden könnte nämlich trotz allem eine bedenkliche Situation entstehen. An solchen Tagen (ungefähr 13 im Jahr) ist daher die Verwendung von schwefelärmeren Heizöl vorgesehen. Er ersuche jedenfalls den Stadtrat, dafür zu sorgen, daß der Bescheid eingehalten wird. Im übrigen gab er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) bezeichnet das vorliegende Projekt als ein nicht alltägliches. Bei der grundsätzlichen Beschlußfassung wurde bereits darauf hingewiesen, daß wir damit am Beginn einer Entwicklung in unserer Stadt stehen, deren Ziel es ist, nicht nur ausreichend Strom, Gas, Wasser, Kanalableitungen und ähnliches zur Verfügung zu stellen, sondern auch Wärme. Es wird damit den Wunsch nach immer besseren und bequemeren Heizanlagen Rechnung getragen. Der Energiebedarf steigt auf der ganzen Welt von Jahr zu Jahr und die Energieträger sind einem großen Wandel unterworfen.

Während zum Beispiel 1910 der Hauptenergieträger zu 80 Prozent die Kohle war, war sie es 1960 nur mehr zu 50 Prozent. Bis zum Jahr 2000 wird ihr Anteil bis auf 20 Prozent sinken. Beim Erdöl zeigt sich jedoch der umgekehrte Weg. In starkem Maße werden neue Energiequellen zur Erzeugung von Kraft und Wärme herangezogen. Die zukünftige Entwicklung wird bei den Atomkraftwerken liegen.

Die Standorte der Energieerzeuger müssen so gewählt werden, daß sie wirtschaftlich und zweckmäßig sind. Die Menge des anfallenden Mülls wird immer größer und die Müllverbrennung dürfte der richtige Weg zu seiner Beseitigung sein.

Bei der Wahl des Platzes für das geplante Fernheizwerk müßte darauf Rücksicht genommen werden, daß es die Versorgung des Allgemeinen Krankenhauses mit Wärme übernehmen soll und daß der Zutransport von Heizstoffen verkehrstechnisch leicht möglich ist. Natürlich mußten bei einem so großen Bauwerk alle Fachabteilungen gewissenhaft prüfen, welche Vorschriften erlassen werden müssen, damit das Werk zweckentsprechend und technisch einwandfrei funktioniert. Viele Untersuchungen wurden in Bezug auf eine Luftverunreinigung und ihre Verhütung angestellt. Mit dem Bau des Fernheizwerkes erreichen wir aber, daß hunderte andere Feuerstellen, die einen viel schlechteren Wirkungsgrad haben, stillgelegt werden können. Bei den großen Anlagen ist es außerdem viel leichter möglich, technisch einwandfreie Filter einzubauen und damit die besten Voraussetzungen zu liefern, eine Verunreinigung der Luft hintanzuhalten. Wir können daher sicher sein, daß uns die Errichtung dieses Bauwerkes einen Schritt weiter nach vorne bringt in der Entwicklung einer planmäßigen Versorgung unserer Stadt mit Wärme.

GR. Univ. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) verweist darauf, welche Gefahren für die Bevölkerung durch die Luftverunreinigung bestehen. Direkte Gesundheitsschäden aus der Atmosphäre treten auf, wenn über einer Großstadt die Schmutzteilchen, die in großer Zahl in der Luft enthalten sind, nicht abtransportiert werden. In Wien sind wir in der glücklichen Lage, fast immer windige Tage zu haben. Dagegen sind die indirekten Schädigungen vorhanden, denen wir alle dadurch ausgesetzt sind, daß die bestehende Dunstglocke das Sonnenlicht zu 40 Prozent absorbiert. In der Heizperiode ist der

Prozentsatz noch höher. Dadurch, daß wir in der Stadt immer mehr künstliche Wärme schaffen, schaffen wir immer mehr Schmutzproduzenten und durch die Verminderung der Sonnenwärme erreichen wir eine Ansammlung von Giften, die durch die Sonnenenergie nicht mehr **gersetzt** werden. Der Redner regt an, eine Landeskommission Wien für Emissions- und Bodennutzungsschutz zu schaffen. Eine solche Kommission müßte dafür sorgen, daß zum Beispiel die Luftverunreinigung konstant gemessen wird und daß alle Vorkehrungen getroffen werden, alle betriebstechnischen und sonstigen Möglichkeiten zur Verhinderung der Luftverunreinigung zu schaffen.

Die Errichtung von Fernheizwerken sei zu begrüßen, da durch sie hunderte Rauchfänge stillgelegt werden können. Der Redner verweist darauf, daß bei der Verbrennung von Kohle Giftstoffe entstehen, die an manchen Stellen unserer Stadt so stark vorhanden sind, daß sie, würde man sich 24 Stunden an dieser Stelle aufhalten, dem Rauchen von 60 starken Zigaretten entsprächen. Jede Einsparung von unwirtschaftlich betriebenen und unkontrollierten Heizanlagen sei daher vom Standpunkt der Volksgesundheit zu begrüßen. Große Heizanlagen können außerdem viel besser unter Kontrolle gehalten werden.

GR. Nimmerrichter stellt abschließend fest, daß er es als Mandatar des Alsergrundes anfänglich bedauert habe, daß auf der Fläche des Spiel- und Sportplatzes ein Fernheizwerk errichtet werden soll. Heute kann er und auch die Bevölkerung vom Alsergrund, diesen Vorhaben nur zustimmen, trägt es doch durch die Stilllegung vieler Rauchfänge gleichfalls zu einer Luftverbesserung bei.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neue Gebühren bei der Krankenbeförderung

Über die neue Gebührenordnung für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst feferiert GR. Lehner (ÖVP). Er verweist darauf, daß der Aufwand der Stadt Wien für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst durch die höheren Personalkosten und die höhere Zahl von Ärzten stark gestiegen ist.

Während 1964 durchschnittlich 318 Schilling pro Krankentransport aufzuwenden waren, stieg dieser Betrag 1965 schon auf 374 Schilling. Für 1966 und 1967 werden die durchschnittlichen Aufwendungen noch höher liegen. Der Gemeinderatsausschuß für das

Gesundheitswesen beantragt daher eine Erhöhung der Gebühren für Krankentransporte und für Interventionen des Rettungsdienstes. Demnach soll ein Krankentransport innerhalb des Stadtgebietes bei Tag oder Nacht einheitlich 170 Schilling pro Transportiertem kosten und eine Intervention des Rettungsdienstes 112 Schilling pro Patient. Für Transporte, die über das Stadtgebiet hinausgehen, beträgt die Kilometergebühr 8,40 Schilling. Den Krankenkassen werden niedrigere Tarife verrechnet.

In der Diskussion meldete GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) den schärfsten Protest seiner Fraktion dagegen an, daß diese Gebührenerhöhung ohne zwingende Notwendigkeit vor drei Wochen auf Grund des § 93 der Stadtverfassung vom Bürgermeister ohne Mitwirkung eines Gemeinderatsausschusses in Kraft gesetzt worden sei.

Die Gebühren für den Krankenbeförderungsdienst seien in den letzten vier Jahren fünfmal um insgesamt 240 Prozent erhöht worden. Personalkostensteigerungen könnten dafür keine ausreichende Begründung sein, da die Personallasten in demselben Zeitraum nur um 40 Prozent gestiegen sind. Auch bestünde eine krasse Differenz zwischen den vom Referenten genannten durchschnittlichen Aufwendungen pro Krankentransport und den diesbezüglichen Angaben des Kontrollamtsberichtes 1965. Die FPÖ werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Lehner (ÖVP) gab in seinem Schlußwort der Überzeugung Ausdruck, daß die im Antragsakt genannten Ziffern richtig seien. Er betonte auch, daß Wien die einzige Stadt ist, in der bei jeder Ausfahrt des Kranken- und Rettungsbeförderungsdienstes ein Arzt mitfähre. Dadurch werde jährlich etwa 30 bis 40 Menschen das Leben gerettet. Das ist ein Erfolg, der ziffernmäßig gar nicht ausgedrückt werden kann.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Modernste Gartenbausiedlung Europas in Eßling

GR. Jodlbauer (SPÖ) referierte einen Antrag auf Abänderung des Fluchtlinienplanes für das Gebiet zwischen der Niklas Eslarnstraße der Schafflerhofstraße, der Ostbahntrasse und der Stadtgrenze im 22. Bezirk. Sie soll die Möglichkeit schaffen, dieses Areal in

EBling, das für die Neuansiedlung von 60 Wiener Gartenbaubetrieben vorgesehen ist, straßenmäßig aufzuschließen. Eine Reihe von Feldwegen soll auf eine Breite von 19 Meter ausgebaut werden. Entlang der Schafflerhofstraße soll ferner ein 38 Meter, und entlang der Ostbahntrasse ein 25 bis 45 Meter breiter Grünstreifen freigehalten werden. Diese Grünstreifen sollen den späteren Ausbau einer Schnellstraße ermöglichen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß in diesem Gebiet für Wiener Gartenbaubetriebe, die aus anderen Stadtbezirken abgesiedelt werden müssen, nunmehr die Möglichkeit besteht, sich neu niederzulassen. Seit langem bemühen sich zuständige Stellen um derartige Ausweichgründe am Stadtrand. Die Grundstücke, die von der Stadt Wien für diese Zwecke schon vor Jahren gekauft wurden, wurden von den Gärtnern vielfach nicht akzeptiert, weil sie darauf nur Pächter gewesen wären. Durch das Verständnis des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft war es nun möglich, einen Teil des Schafflerhofgutes in Ebling im Ausmaß von 121 Hektar anzukaufen. Hier sollen 60 moderne Gartenbaubetriebe errichtet werden.

In vorbildlicher Zusammenarbeit haben die Landwirtschaftliche Siedlungsgesellschaft und die zuständigen Stellen im Rathaus eine rasche Realisierung des Projektes ermöglicht. Die in Ebling geplante modernste Gartenbausiedlung Europas wird von größter Bedeutung für die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Frischgemüse sein.

Leider haben nicht alle abgesiedelten Gärtner das Interesse oder die Möglichkeit für eine Neuansiedlung. Es muß daher die Bitte ausgesprochen werden, in der Flächenwidmung klare Verhältnisse zu schaffen, damit die Betriebe wissen, wann jemand wo abgesiedelt werden muß. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es auch sehr schwierig, Baugenehmigungen für Glashäuser zu erhalten, die für die Betriebe heute lebenswichtig sind. Die Bauordnung für Wien müßte spezielle Bestimmungen für Glashausbauten enthalten.

Das Siedlungsprojekt Ebling ist jedenfalls ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen, denen der Dank für ihre rasche und gedeihliche Arbeit zugunsten des Wiener Gartenbaus gebührt.

GR. Jodlbauer betont in seinem Schlußwort das Bemühen der Magistratsabteilung 18, klare Flächenwidmungsverhältnisse zu schaffen. Da das zu bearbeitende Gebiet aber sehr groß ist, handelt es sich dabei um eine Aufgabe, die nicht von heute auf morgen bewältigt werden kann. Der Landwirtschaftskammer wird nahegelegt, sich für jene Gartenbaubetriebe, die nicht genau wissen, ob sie auf den ihnen zur Verfügung stehenden Flächen noch Investitionen vornehmen sollen oder nicht, unmittelbar mit der Magistratsabteilung ins Einvernehmen zu setzen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Filmverleih "Nora" und Stadthallen-Filmproduktion

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) stellt den Antrag, die Liegenschaft der Stadthalle mit den darauf befindlichen Objekten in das Eigentum der Wiener Stadthalle-Stadionbetriebs- und Produktionsgesellschaft mbH zu übertragen. Bei Abschluß des Vertrages wird der Gesellschaft die Verpflichtung auferlegt, den Ertrag aus dieser Übertragung, soweit er nicht zur Abdeckung bereits erstandener Verluste erforderlich ist, einer Rücklage zuzuführen, die ausschließlich zur Deckung etwaiger künftiger Verluste verwendet werden darf.

In seinem Referat gibt Vizebürgermeister Slavik sodann einen Überblick über die Entwicklung, die in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit viel diskutiert wurde und die zum vorliegenden Antrag geführt habe. Er betonte zunächst, daß die Übertragung keine Reprivatisierung der Stadthalle bedeutet, sondern es soll Eigentum der Stadt Wien auf ein anderes Gebiet übertragen werden, das gleichfalls Eigentum der Stadt Wien ist. Warum soll dies geschehen? Die Stadthallengesellschaft hat auf der Aktivseite Forderungen an den Filmverleih "Nora" stehen. Eine Überprüfung der "Nora" hat ergeben, daß derzeit nicht damit zu rechnen ist, daß diese Forderungen beglichen werden können. Der Wirtschaftsprüfer steht auf dem Standpunkt, daß sie abzuschreiben sind. Welche Möglichkeiten und Wege gibt es hier? Wir hätten das Stammkapital der Stadthalle aufstocken können. Dazu wären aber beträchtliche Beträge aus Steuergeldern notwendig gewesen. Oder wir hätten die Stadthalle in Konkurs gehen lassen können.

./.

Damit wären das Stammkapital und das "Nora-Vermögen" verloren gewesen und auch alle Gläubiger hätten ihr Geld eingebüßt.

Keine Steuergelder verwenden

Deshalb hat man sich zur Übertragung der Liegenschaft entschlossen, mit der keine Kapitalaufstockung vorgenommen wird. Übertragen wird das Anlagevermögen. Damit wird die Stadthalle in die Lage versetzt, die Forderungen an die "Nora" abzuschreiben. Das ist nur möglich, wenn sie Kredite aufnehmen kann. Die Liegenschaftsübertragung gleicht nicht nur die Bilanz aus, sondern sie gibt der Stadthalle auch die Möglichkeit, Hypothekendarlehen aufzunehmen. Damit bleibt der Gemeinde Wien erspart, Steuergelder zu verwenden.

Die Aufgabe der Stadthalle wird natürlich nicht leicht sein, und es wird aller Anstrengungen bedürfen, um die Belastungen abdecken zu können. Tatsache ist, daß die Forderungen der Stadthalle an den "Nora-Verleih" in Höhe von 16 Millionen DM derzeit als uneinbringlich zu betrachten sind. Es ist uns lieber, durch die Abschreibungen kann eine Reserve geschaffen werden, als daß ein falsches Bild über die wirtschaftliche Situation entsteht. Die Stadthalle wird jedoch nicht bedingungslos auf ihre Forderungen verzichten, und deshalb wurde die Bedingung gestellt, daß die Gewinne wieder der Stadthalle zufließen.

Was verändert sich nun an der künftigen Bilanz der Stadthalle? Auf der Passivseite ergeben sich neue Belastungen durch Zinsenzahlungen und eventuelle Steuerbelastungen aus der Übertragung des Vermögens. Selbstverständlich muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß die Kredite zurückgezahlt werden. Auf der Aktivseite ergeben sich Verbesserungen dadurch, daß die Gebrauchsgebühr entfällt. Außerdem entstehen steuermäßige Verbesserungen. Andererseits wird jedoch auch die Abschreibung in der künftigen Bilanz berücksichtigt werden müssen.

Ernöglichung einer billigen Filmproduktion

Wieso ist es überhaupt zu dieser Situation gekommen? Wenn man die Filmproduktion ausklammert, so ist die Stadthalle ein durchaus aktives Unternehmen. Diese Tatsache muß deshalb so betont werden, weil fast alle anderen vergleichbaren Unternehmen in Ausland keineswegs aktiv sind. Warum wurde aber in der Stadthalle die Filmproduktion aufgenommen? Man hatte ursprünglich die Idee, die verschiedenen Veranstaltungen der Stadthalle teilweise zu filmen und eine Rahmenhandlung heranzubauen. Daraus ergab sich die Möglichkeit einer billigen Filmproduktion, deren Zweck es sein sollte, die Halle an jenen Tagen wirtschaftlich zu nützen, an denen keine Veranstaltungen stattfinden. Außerdem war man der Meinung, daß es damit gelingen könnte, österreichische Künstler bei diesen Produktionen zu beschäftigen und ihnen damit Chancen zu geben, die sie sonst nur in Ausland gehabt hätten.

Es ist bekannt, daß die Filmproduktion der Stadthalle zu Kritiken Anlaß gegeben hat. Auf der ganzen Welt aber gibt es keine Filmproduktion, an der man nicht Kritik üben könnte. Es ist doch bei allen Produktionen so, daß einer großen Anzahl weniger guter Filme eine kleine Anzahl guter Filme gegenübersteht. Dies war auch bei der Stadthallenproduktion der Fall. Es wurden Filme gedreht, die kritisiert wurden, aber es entstanden auch Filme, die in Ausland ausgezeichnet wurden, aber bei uns viel zu wenig Beachtung gefunden haben. Neben den normalen Spielfilmen wurden auch Filme erzeugt, deren Bedeutung für den Fremdenverkehr und für die österreichische Wirtschaft kaum abzuschätzen ist.

Eine solcherart wünschenswerte Filmproduktion konnte jedoch nicht leicht aufrecht erhalten werden, und zwar vor allem deshalb, weil verschiedene Interessenten auf den Plan traten und erklärten, es dürfe keine neue Produktionsstätte errichtet werden, solange in Wien andere Ateliers beständen. Die Stadthalle müßte mit ihrer Produktion in diese Ateliers gehen. So ist also die Stadthalle in die anderen Ateliers gewandert und damit ist ein Faktor der wesentlichen Verbilligung weggefallen, nämlich die Verwendung der Stadthalle als Produktionsstätte.

Wirtschaftliche Bedeutung der Stadthalle

Wie steht es nun mit der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Unternehmens? Was ist von dieser Stadthalle wirtschaftlich geleistet worden? Allein an die österreichischen Ateliers sind 153,6 Millionen Schilling überwiesen worden. Was wäre wohl mit diesen Ateliers schon längst geschehen, wenn die Stadthalle nicht diese bedeutende finanzielle Injektion gegeben hätte? Aber weiter: an Autoren honoraren wurden 4 Millionen bezahlt, für Regisseure 2,8 Millionen, für Schauspieler 15,9 Millionen, für Komparsen und Kleindarsteller 3,5 Millionen, für technisches Personal 15 Millionen. Dazu kommen noch die Aufwendungen für Musiker und Ballett, für Kostüme und Requisiten usw. Insgesamt hat die Wiener Stadthalle an Steuern und an Leistungen für österreichische Unternehmungen 243 Millionen Schilling ausgegeben!

Nun kann man sagen, das interessiert uns alles nicht. Selbstverständlich ist das möglich, man kann ja auch schreiben, daß schon Verluste von bereits 400 Millionen Schilling zu erwarten sind. Mich erinnert diese Schreibweise an Dr. Goebbels, der Lügen so lange wiederholt hat, bis einiges hängen geblieben ist.

Noch etwas ist zu bedenken: Für jeden Film, der aus dem Ausland her~~ein~~kommt, müssen Valuten zurückgehen an die Produzenten und an den Verleih in anderen Ländern. Dagegen hat die Stadthalle 146 Millionen Schilling an Valuten nach Österreich gebracht!

Was hat nun die Stadthalle selbst für Umsätze gehabt? An Benützungsgebühren wurden 30 Millionen an die Stadt Wien abgeführt, an Steuern und Abgaben (ohne Film) 57 Millionen, Sportgroschen 3,2 Millionen, Lohnsteuer 8,1 Millionen, Sozialabgaben 18 Millionen, insgesamt 117 Millionen Schilling.

Wirtschaften heißt, nicht nur das Negative, sondern auch das Positive zu beachten, damit man zu einer richtigen Beurteilung kommen kann. Wieso entstand aber denn trotzdem dieser Verlust? Zur Refinanzierung ihrer Produktion hat die Stadthalle auch mehrere ausländische Verleihfirmen herangezogen, darunter die Nora, den zweiten bedeutenden deutschen Filmverleih. Dieser Verleih konnte seine Verpflichtungen gegenüber der Stadthalle nicht erfüllen.

Daher hat man sich entschlossen, als Teilhaber in die "Nora" einzutreten, um das Geld zu retten und um weiterhin der österreichischen Filmproduktion eine Möglichkeit der Filmfinanzierung zu geben. Eine weitere Überlegung war, daß zu diesem Zeitpunkt bereits die erste Lesung eines deutschen Filmhilfsgesetzes im deutschen Bundestag durchgeführt worden war. Man war nun der Meinung, daß man die Vorteile dieses Gesetzes über die "Nora" auch der österreichischen Produktion zugute kommen lassen könnte. Durch das deutsche Ursprungszeugnis könnten auch die Möglichkeiten im EWG-Raum verbessert werden, dachte man. Deshalb also wurde dieser Beschluß im Vorstand und im Aufsichtsrat gefaßt.

Man hat uns auch den Vorwurf gemacht, wir wollten ein Filmimperium Wien aufbauen. Nun, wir bemühen uns seit Jahren, zu einer österreichischen Filmproduktion zu kommen. Wir haben mit den Kreditinstituten gesprochen, ob sie bereit wären, gemeinsam mit der Stadt Wien die Finanzierung einer Zahl von österreichischen Filmen zu garantieren. Die Aufnahme war an sich positiv, allerdings wurde die Bedingung gestellt, daß eine öffentliche Körperschaft eine Ausfallhaftung für 20 Prozent der Kredite übernehmen müsse. Über das Ergebnis der Gespräche habe ich die Vertreter der Bundesregierung informiert. Der letzte Brief, den ich in diesem Zusammenhang bekommen habe, trägt das Datum 20. Dezember 1966 und stammt von Vizekanzler Dr. Bock. In dem Brief heißt es, daß neuerliche Beratungen mit der Filmwirtschaft und den Verleihern zu keinem Ergebnis geführt haben. Weiter wurde in dem Brief gesagt, daß Budgetmittel zur Förderung der Filmwirtschaft nicht zur Verfügung stehen.

Brauchen wir eine österreichische Filmproduktion oder nicht?

Er glaube, sagte Vizebürgermeister Slavik, daß mit einer solchen Erledigung der Filmproduktion nicht geholfen werden kann. Es genüge ihm nicht, daß die Kinobesitzer sagen, sie geben kein Geld her. Es genüge ihm nicht, daß die Produzenten und Verleiher sagen, wir geben kein Geld her. Man müsse vielmehr die grundsätzliche Frage stellen: Interessiert uns eine Filmproduktion oder nicht?

Die "Nora" ist nun in eine schwere Zeit hineingekommen. Die Besucherzahlen in den Kinos gingen zurück und ein rücksichtsloser Konkurrenzkampf hatte begonnen. Die "Nora" war nun der Meinung, daß eine Vereinbarung mit dem größten deutschen Filmverleih "Constantin" den mörderischen Konkurrenzkampf beenden würde. So kam es zu dem Vertrag zwischen dem Haus Bertelsmann und der Stadthalle. Ihm persönlich habe dieser Vertrag nicht gefallen, aber welche Hoffnungen man in die "Nora" gesetzt hat, zeigt, daß sich die Partner zu finden versucht haben.

Nun: In der Öffentlichkeit denkt man sich oft, daß die Produzenten die Filme auch produzieren. Bestimmenden Einfluß auf die Produktion hat jedoch der Filmverleih, der überall dreinredet, beim Drehbuch, bei der Regie, bei der Besetzung und bei der künstlerischen Gestaltung. In der Praxis ist es so, daß der Produzent eine Idee kauft, damit zum Verleih geht und fragt: Interessiert Sie das? Und nun muß der Verleih das Geld zur Verfügung stellen, ohne zu wissen, ob der Film gut wird. Es ist also kein Zweifel, daß die Beurteilung der Einspielmöglichkeiten nur sehr schwierig im voraus festzustellen ist, aber das Geld muß im voraus gegeben werden.

Nun sind in der "Nora"-Bilanz 1964/65 Verluste von drei Millionen DM festgestellt worden. Auf dem deutschsprachigen Boden wird ein Kampf darüber geführt, ob man in Deutschland wieder ein Monopol für den ganzen deutschsprachigen Raum errichten kann. Hier werden auch die Österreicher vor eine heikle Entscheidung gestellt. Kann es uns "wurscht" sein ob es ein Monopol gibt oder nicht? Wenn wir uns damit abfinden, geben wir gleichzeitig die Antwort auf die Frage, ob wir eine eigene selbständige österreichische Filmproduktion haben wollen oder nicht. Das Ja zum Monopol ist das Nein zur österreichischen Filmwirtschaft.

Nun also haben wir zu überlegen, wie soll es gehen und wie nehmen wir Stellung zu diesem Problem? Sollten wir die "Nora" (nicht die Stadthalle) in Konkurs gehen lassen? Damit wäre der bei der "Nora" liegende Filmstock verloren mit einem Wert von 50 Millionen Schilling. Ich glaube, daß wir diesen Weg nicht gehen konnten, genauso wenig wie den Weg eines Konkurses der Stadthalle.

Somit mußte die Bilanz ausgeglichen werden. Das ist möglich, wenn man die Forderungen der Stadthalle abschreibt. Wenn wir diese Maßnahmen durchgeführt haben, dann weist die "Nora" eine ausgeglichene Bilanz auf und hat die Möglichkeit der Auswertung des Filmstocks.

Es waren nur Fachleute beschäftigt

Es wurde auch oft kritisiert: Hätten wir doch Fachleute beschäftigt! Ich möchte sagen: Dort waren nur Fachleute, hätten wir zumindest einen Politiker draußen gehabt, er hätte uns früher gesagt, ob Verluste eintreten.

Wie beurteilen Fachleute des Auslandes die Situation? Man verwies auf die günstige Relation zwischen den allgemeinen Betriebskosten und dem Umsatz und auf den Geldrückfluß bis zum Herbst 1967. Man schrieb von einer günstigen Entwicklung und ähnliches. Inländische Fachleute stellten fest, daß es mit der Stadthallenproduktion gelungen ist, das Einspielergebnis wieder zu steigern. Es wurde festgestellt, daß die Stadthalle mit der Filmproduktion begann, als die anderen aufhören mußten und damit immerhin der Versuch unternommen wurde, den österreichischen Film in der Welt nicht ganz vergessen zu lassen. Viele von denen, die heute sagen, sie hätten bereits vor Jahren gewußt, daß das Stadthallen-Filmgeschäft Schiffbruch erleiden würde, haben sich in den Zwischenjahren um die Co-Produktion mit eben dieser Stadthalle bemüht oder als Stars gute Gagen bezogen und schließlich als Politiker bei den Kapitalaufstockungen mitgestimmt.

Als bedauerlich bezeichnet es der Vizebürgermeister, daß gerade die österreichischen Zeitungen die Krise bei der "Nora" zum Anlaß für schmutzige Polemiken genommen haben. Die Flut von Briefen, die er erhielt, riß gar nicht ab. Ja, es wurde sogar eine eigene Pressekonferenz veranstaltet. In einem Brief stand, welches Verbrechen es sei, daß die Wiener Stadthalle für den Film "Der Mohn ist auch eine Blume" 32 Millionen Schilling bezahlt hat. Der "Filmfachmann" hat vergessen zu sagen, daß diese 32 Millionen Schilling wieder zurückgekommen sind. Er hat gemeint, die 32 Millionen hätten wir dazu verwenden sollen, den Filmproduzenten - und darunter auch ihm - Subventionen zu geben. Verständlich, daß ihm das lieber gewesen wäre. Aber zu einer solchen Förderung wird

sich niemand entschließen können, nämlich das Geld herzugeben, damit der andere damit machen kann, was er will.

Nicht abzuleugnen sei auch, daß die Stadthallenfilme viel für den österreichischen Fremdenverkehr getan haben, da in den meisten Filmen die österreichische Landschaft gezeigt wurde.

Eines sei noch klarzustellen: Nachdem der Bertelsmann-Verlag aus der "Nora" KG ausgeschieden ist, hat er so getan, als ginge die Arbeit dort deshalb nicht mehr weiter. Man muß eindeutig feststellen, Herr Bertelsmann hat eine Kommanditeinlage von 650.000 DM geleistet und darüber hinaus nicht einen Groschen oder Pfennig zur Finanzierung der Filme beigetragen. Die "Nora" hat nicht von ihm gelebt und er hat nicht dafür gesorgt, daß wir auch für die österreichische Filmproduktion Entwicklungsmöglichkeiten gefunden haben. Das hat die Stadthalle allein und aus eigener Kraft getan.

Er selbst, betont der Vizebürgermeister, freue sich nicht über die Entwicklung der Stadthallen-Filmproduktion. Sollen wir aber jetzt zuschauen, wie das Monopol in Deutschland entsteht und wie unsere Filmwirtschaft zur Gänze ausgebootet wird? Auch andere Länder, nicht nur Österreich allein, werden ein Interesse daran haben, ein deutsches Monopol zu verhindern. Für Österreich sei zu sagen, daß nicht die Stadt Wien allein daran interessiert sein dürfte, etwas für den österreichischen Film zu tun. Wir haben heute eine wichtige Entscheidung zu treffen, ob es noch eine Chance für den österreichischen Film gibt oder ob diese Chance vertan wird.

Es gibt Aufgaben in unserer Wirtschaft, die man nicht nur von den Gewinnchancen her sehen kann. Der Redner kommt in diesem Zusammenhang auf die AUA zu sprechen, die einen jährlichen Verlust von zirka 50 Millionen Schilling aufweist, aber trotzdem im Interesse unseres Landes bestehen muß. Wir sind als Wiener beteiligt an einem Flughafen, der gar nicht in Wien liegt. Wir empfinden das aber als selbstverständlich. Unsere Staatstheater werden subventioniert und er bekenne sich dazu, weil es für das kulturelle Ansehen unseres Landes notwendig ist. Tun wir also nicht so, als ob uns eine österreichische Filmproduktion nicht interessieren müßte.

Die Entwicklung, die der Nora-Filmverleih genommen hat und die Situation, die dadurch für die Stadt Wien entstanden ist, sei nicht erfreulich.

Man soll hier aber nicht versuchen, wirtschaftliche Verluste, die entstanden sind, mit Korruptionsaffären auf anderen Gebieten zu vergleichen. Bei uns kann jeder Staatsanwalt und jedes Gericht untersuchen. Und wenn sie jemanden finden, der etwas Unrechtes getan hat, so soll dieser bestraft werden und niemand würde sich vor etwaige Schuldige stellen. Aber man soll auch nicht leichtfertig Beschuldigungen äußern, bevor man noch Gesetzwidrigkeiten gefunden hat.

Ich bekenne mich zu vielen Aufgaben auch dann, wenn damit nicht unmittelbar finanzielle Gewinne verbunden sind. Vielleicht wurde aber von jenen, die in der Filmproduktion tätig waren, ein Fehler begangen: Dieser Fehler lag in der Meinung, daß diejenigen, die in den letzten 20 Jahren auf dem Gebiet des Filmes nichts zusammengebracht haben, nunmehr plötzlich etwas Positives leisten könnten. Vielleicht hat der Mut gefehlt, mehr junge Leute heranzuziehen.

Der hier behandelte Antrag soll zwei Gesellschaften gleichzeitig aus einer defizitären zu einer ausgeglichenen Gebarung führen. Der Antrag ist von weitreichender Bedeutung. Wir müssen aber alle Möglichkeiten ausschöpfen, um der österreichischen Filmproduktion ein Stück Freiheit zu wahren und der jungen Generation die Möglichkeit zu geben, sich auch auf diesem Gebiet zu bewähren!

Die Stadthallen-Debatte

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verglich die finanziellen Schwierigkeiten der Stadthallengesellschaft mit denen der 1964 abgesto Wiener Fleischwerke und meinte, daß in beiden Fällen eine Schädigung der Allgemeinheit eingetreten sei. Er warf die Frage auf, ob es die Aufgabe einer Stadtverwaltung sein könne, sich in allen möglichen Branchen als Unternehmer zu betätigen. In einem gemischt-wirtschaftlichen Betrieb bestünde immer die Gefahr des leichtfertigen Wirtschaftens, weil die verantwortlichen Leute im Unterbewußtsein das Gefühl hätten, hinter ihnen stehe ohnedies die Finanzkraft der öffentlichen Hand.

Der Redner stellte fest, daß die Aufsichtsorgane der Stadthallengesellschaft versagt hätten und erläuterte eingehend seinen Standpunkt, daß weder die Kapitalaufstockungen im Finanzausschuß, noch das Kontrollamt oder die Mitgliedschaft von Gemeinderäten im Aufsichtsrat hinreichende Kontrollmöglichkeiten gewährleisten hätten.

Man vergißt, daß die ehrgeizigen Filmpläne der Gemeinde Wien schon einmal Schiffbruch erlitten haben: die Stadt erlitt einen Verlust in Höhe von neun Millionen Schilling, als die Pabst-Kiba-Produktion zugrunde ging. Trotzdem stieg sie ein Jahr später wieder ins Filmgeschäft ein, und heute, nach sechs Jahren, stehen wir erneut vor einem Fiasko. Aber auch damit noch nicht genug: es sieht so aus, als ob auch jetzt noch das Filmgeschäft weiterbetrieben werden soll. Es scheint somit, daß es sich dabei um eine besonders ausgeprägte Art von "Filmproduktionsbesessenheit" handelt.

Bei einer Pressekonferenz wurde kürzlich festgestellt, daß von 18 deutschsprachigen Filmen, die im Verleihprogramm 1965/66 enthalten waren, nur fünf von österreichischen Produzenten und nur drei in Österreich selbst hergestellt wurden.

In folgenden kritisiert der Debattenredner, daß keine wirklichen Filmfachleute in der Stadthallen-Filmproduktion beschäftigt waren. Anschließend stellt er die Frage, wer nun für die Verluste in Höhe zwischen 106 und 123 Millionen Schilling verantwortlich ist und wer die Verantwortung an der gesamten Geschäftsgebarung trägt. In diesen Zusammenhang legt Gemeinderat Dr. Schmidt einen Antrag vor, in den eine eingehende Überprüfung der gesamten Geschäftsgebarung der Stadthallengesellschaft durch den Obersten Rechnungshof verlangt wird. Ob begründete Verdachtsmomente für einen eventuellen strafbaren Tatbestand vorliegen, kann erst nach einer solchen Untersuchung gesagt werden.

Abschließend fordert der Redner, daß die Stadthalle für die Wiener Bevölkerung erhalten und gesichert bleiben muß. Das kann nur dann der Fall sein, wenn sie im Eigentum der Stadt Wien verbleibt. Sie ist ein viel zu wertvolles Objekt, um zur Aufpolierung der Bilanz eines abgewirtschafteten Unternehmens mißbraucht zu werden. Deshalb ist die FPÖ-Fraktion gegen eine Übertragung der Stadthalle in das Eigentum der Gesellschaft.

Diese Übertragung ist keine Sanierung, sondern nur eine Maßnahme, um der Gesellschaft das weitere Schuldenmachen zu ermöglichen. Es wäre besser und billiger, gleich zuzusperren. Der Stadt Wien bleibt es im übrigen ja unbenommen, eine neue Gesellschaft auf einer gesunden Basis und mit einer fähigen Geschäftsführung zu gründen. Die FPÖ-Fraktion werde gegen den Antrag stimmen.

Gemeinderat Dr. Macher (ÖVP) betont, daß das Gesellschaftskapital im Lauf der Jahre von zwei auf 45 Millionen Schilling aufgestockt wurde. Die am 22. Dezember 1964 vorgenommene Aufstockung stieß auf die heftigste Ablehnung der ÖVP-Fraktion. Aber schon 1962 hatte Gemeinderat Eleonora Hiltl zur Vorsicht geraten, da man es hier mit Steuergeldern zu tun habe. (Zwischenruf von Gemeinderat Jodlbauer, SPÖ: Eleonora Hiltl muß sich ja mit der "Nora" auskennen!) In den Jahren 1965 und 1966 hat Gemeinderat Habl darauf verwiesen, daß keine Bilanzen vorliegen. Am 29. Juni 1966 verfolgte die Geschäftsführung der Gesellschaft eine neue geschickte Taktik, als sie keine Aufstockung, sondern "nur" einen Betriebsmittelkredit in Höhe von 40 Millionen Schilling verlangte.

Das Gesellschaftskapital beträgt heute, wie schon erwähnt, 45 Millionen Schilling. Bevor noch die Ereignisse um die Stadthalle bekannt geworden waren, war die Stadt Wien mit zirka 95 Millionen Schilling in der Stadthalle engagiert. Nun soll die Gesellschaft Werte in Höhe von 190 Millionen Schilling erhalten. Die Frage, ob das Steuergelder sind, ist leicht zu beantworten, denn die Stadthalle ist nichts anderes als in Eisen und Beton umgewandeltes Steuergeld. Wenn das noch nicht Beweis genug ist, dem sei aus der Rede des damaligen Bürgermeisters Franz Jonas bei der Gleichfeier am 21. Juni 1958 folgende Stelle zitiert: Es handelt sich hier um Steuergelder, mit denen sich die Wiener selbst ein Geschenk in Form der Stadthalle gemacht haben, sagte der Bürgermeister damals.

Die Übertragung ist nicht nur ein juristischer Akt, sondern hat auch eine wirtschaftliche Seite. Juridisch ist die Übertragung unangreifbar, bei der wirtschaftlichen Seite aber handelt es sich um eine ganz andere Sache.

Der Redner warnt dann vor der Übertragung des Stadthallengebäudes in das Eigentum der Gesellschaft. Diese Übertragung sei eine wirtschaftlich erhebliche Belastung des Gebäudes mit dem Schicksal der Produktionsgesellschaft. Außerdem werden durch die Übertragung nur die alten Schulden bezahlt werden können. Heute aber ist niemand in der Lage, zu versichern, daß es der Gesellschaft bestimmt möglich sein wird, das Kapital, das sie durch die Übertragung des Gebäudes erhält, wieder zurückzuzahlen. Und in ein paar Jahren stehen wir wieder hier und kaufen vielleicht die Stadthalle zurück.

Dr. Macher beschäftigte sich dann mit dem Unterschied zwischen Risiko und Abenteuer. Bei einem Abenteuer wird weder Erfahrung noch Marktlage kalkuliert. Und deshalb sei nach Meinung des Redners die Stadthallenproduktion ein Abenteuer gewesen. Die Geschäftsführung hat in Kenntnis eines gefährlichen Geschäfts gehandelt. Der Redner verweist auch darauf, daß in der Geschäftswelt von hundert Sanierungen 90 mißlingen. Der vorliegende Antrag stelle auch nichts anderes dar, als mit Hilfe des Gemeinderates dem Ges.m.b.H.-Gesetz eine Nase zu drehen.

Bei der Grundsteinlegung zur Stadthalle sagte der damalige Bürgermeister, daß diese Stadthalle ein Symbol der Sicherheit und der Kraft sei. Gerade das aber heben wir heute auf. Wenn das Stadthallengebäude einmal "drüben" ist, dann ist es weder sicher noch hat es Kraft.

Offen geblieben ist im Antrag die Frage der Sanierung der Geschäftsführung. Wir haben derzeit zwei Geschäftsführungen, und zwar die der "Nora" und die der Stadthalle. In der "Nora" war ein Herr Maier aus München Geschäftsführer. Es ist ihm gelungen, die Gesellschaft in den Zustand zu führen, in dem wir sie übernommen haben. Man hat ihm Herrn Dr. Klenner jun. beigelegt, der zweifellos ein Fachmann im Bankwesen ist, vielleicht aber für diesen Posten zu jung war. Warum hat man nicht den Fachmann hinüberschickt, der informiert war, nämlich den Stadthallen-Direktor Eder? Dr. Klenner schied dann zu einer Zeit aus, wo es zwar er, aber nicht der Wiener Gemeinderat wußte, wie schlecht es mit der "Nora" steht. Würde heute im Gemeinderat der vorliegende Beschluß nicht

gefäßt werden, würde sich mit der "Nora" in kurzer Zeit das ereignen, was sich täglich im Handelsgericht Wien in der Konkursabteilung ereignet, nämlich die Ausschreibung eines Edikts. Es wird nicht viele Wirtschaftstreibende in dieser Stadt geben, die begreifen können, daß das Risiko so ungleich verteilt ist zwischen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und privaten. Das könne man sich nur im Rahmen der Gemeinwirtschaft leisten, nämlich im Jahr 1965 zu berichten aktiv und ein Jahr später eindeutig mit 120 Millionen passiv zu sein. Darin liege auch der Hauptgrund, warum der Erfolg bei den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen ausbleibt. Zur ideellen Argumentation, es handle sich um österreichische Schauspieler, österreichisches Branchenpersonal, eine österreichische Filmproduktion, Österreichs Ansehen usw: Warum hat man dann einen deutschen Geschäftsführer, Herrn Maier, in München? Ist es richtig, daß unter 25 Filmen nur ein einziger österreichischer Streifen ist? Hat man tatsächlich den Film "Jud Süß" erworben? Wenn nein, wurden diese Pressenmeldungen berichtet und warum nicht? Wenn die Stadthalle-Produktion ein ernst zu nehmendes Unternehmen sein will und sich nicht immer auf die Hilfe der Stadtverwaltung verläßt, muß sie auch handeln und solchen Nachrichten entgegentreten. Besitzt die Stadthalle einen Ausweis über das Verhältnis ihrer österreichischen Produktionen die sie finanziert hat zu den deutschen und sonstigen ausländischen Filmen? Wenn ja, warum steht das nicht in dem Antrag? Man muß also zu dem Schluß kommen, daß wir nicht den österreichischen, sondern den deutschen Film finanziert haben.

Was an dem vorliegenden Antrag besonders mißfällt, ist, daß keine Begründung dafür angegeben wird, warum gerade die Stadthalle zur Kapitalaufstockung herangezogen werden muß. Wenn man den Rechnungsabschluß 1965 und den Budgetrahmen 1967 nimmt, hat man Geschäftsanteile der Stadt Wien von 259 Millionen Schilling. Die Erfolg- und Verlustrechnung dieser ganzen Geschäftsanteile ist mäßig.

So werden zum Beispiel für 1967 11 Millionen erwartet, bei Ausgaben von 190 Millionen. Es wäre zu überlegen, ob man nicht auf eines dieser Unternehmen zur Sanierung der "Nora" hätte zurückgreifen können. Gerade weil die Stadthalle schon zu einem Wahrzeichen Wiens geworden ist, trifft der vorliegende Antrag besonders schwer. Der Redner stellt den Beschlußantrag, eine Expertenkommission soll in Zusammenarbeit mit dem Kontrollant alle Beteiligungen der Stadt an privatwirtschaftlichen Betrieben im Hinblick darauf überprüfen, ob der Besitz der Gemeinde an derartigen Unternehmen bzw. die Beteiligung im Interesse der Stadt und der Wiener Steuerzahler liegt. Auf Grund des Ergebnisses dieser Untersuchungen wäre dem Gemeinderat ein Bericht vorzulegen und die Veräußerung der Geschäftsanteile an privatwirtschaftlichen Betrieben einzuleiten, von denen festgestellt wurde, daß die Beteiligung der Gemeinde Wien nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt.

Ein weiterer Beschlußantrag verlangt, die Gemeinde Wien als Einzelgesellschafterin der "Wiener Stadthalle-Stadion-Betriebs- und Produktionsgesellschaft mit beschränkter Haftung" möge die notwendigen Beschlüsse fassen, damit die Gesellschaft so rasch wie möglich das defizitäre Film- und Verleihgeschäft liquidiert.

Ein dritter Antrag sieht vor, die Gemeinde Wien als Einzelgesellschafterin der Wiener Stadthalle-Stadion-Betriebs- und Produktionsgesellschaft mit beschränkter Haftung soll zum ehestmöglichen Zeitpunkt die notwendigen Beschlüsse fassen, wonach sich diese Gesellschaft ausschließlich auf die Aufgabe zu beschränken hat, sportliche, kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen zu ermöglichen. Auf diesen Gebieten hat sie Erfolge aufzuweisen und dabei sollte sie daher bleiben.

Mit einem letzten Antrag wird der Finanzreferent der Stadt Wien ersucht, im Finanzausschuß einen detaillierten Bericht über die Notwendigkeit der beabsichtigten Verwendung dieser 190 Millionen Schilling in Form von Beteiligungen im Jahre 1967 zu geben.

Der Entäußerung der Stadthalle, die im Empfinden der Wiener ein Gemeinschaftsgebäude wie das Rathaus ist, kann die ÖVP-Fraktion daher nicht die Zustimmung geben.

GR. Lauscher (KLS) bezeichnete die Sicherung der österreichischen Filmproduktion als eine wichtige Aufgabe. Die Stadthalle aber sei an diese Aufgabe dilettantisch und leichtfertig herangegangen und habe dadurch allen Gegnern der Gemeinwirtschaft, noch dazu in einer Zeit saftiger Gebührenerhöhungen, billige Angriffsflächen geboten. So wurde die "Nora" kurz vor ihrem Konkurs mit allen ihren Schulden erworben. Durch eine Restauswertung vorhandener Verleihrechte sei noch etwas hereinzubringen, aber es dürften keine neuen Filme eingekauft werden.

Die Filmproduktion sei ohne gründliche Marktanalyse aufgenommen worden und habe sich auf minderwertige Konfektionsware verlegt. Bei derartigen Filmen nütze auch ein eigener Verleih nichts.

Nach Erörterungen der Finanzierungsquellen und der Tätigkeit des verantwortlichen Direktors stellte der Redner fest, daß die Stadthalle die Chance vertan habe, zum Zentrum einer von Westdeutschland unabhängigen österreichischen Filmproduktion zu werden. Von 18 Filmen der "Nora" sollen 15 rein westdeutsche Produkte gewesen sein.

Dennoch sei eine Filmfinanzierung von seiten der Stadt Wien zu bejahen, da sie von eminenter gesamtösterreichischer Bedeutung wäre. Dafür müßte aber ein sachverständiger Beirat geschaffen werden und es müßte genaue Richtlinien für die Filmproduktion geben.

Die Argumentation der ÖVP bezeichnet GR. Lauscher als Ausdruck des Hasses gegen jede Art von Gemeinwirtschaft. Auch der ÖVP-Vorschlag, gleich ganz zuzusperren, sei keinesfalls von der hier nötigen Verantwortung getragen.

Es ist zwar eindeutig auch eine Aufgabe der Gemeinde Wien, die Filmwirtschaft zu fördern, die KLS-Fraktion kann die Fortsetzung der Filmproduktion der Stadthalle jedoch nur bejahen, wenn eine radikale Umorientierung vorgenommen wird. Der heute dem Gemeinderat vorgelegte Antrag läuft allerdings auf eine Pardonierung der begangenen Fehler und auf eine Vorbereitung neuer Fehler hinaus. Ohne eine grundlegende Änderung des Konzeptes, ohne allumfassende Umorientierung ist jede finanzpolitische Maßnahme sinnlos. Der österreichische Film hat noch Chancen. Es sollte auf neuer Grundlage die Produktion von höchstens zwei bis drei wirklich anspruchsvollen Filmen jährlich in Angriff genommen werden.

Da dem Gemeinderat darüber leider keine Vorschläge unterbreitet wurden, wird die KLS-Fraktion dem Antrag nicht die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Glaserer (SPÖ) stellt zu dem von Gemeinderat Dr. Schmidt vorgelegten FPÖ-Antrag fest, daß der Rechnungshof schon längst in wochenlanger Tätigkeit Einschau in die Gebarung der Stadthallengesellschaft genommen hat. Die Stadthalle ist zur Zeit dabei, die Gegenäußerung zum Bericht des Rechnungshofes fertigzustellen.

Die Wiener Stadthalle hatte den Auftrag erhalten, kostendeckend zu arbeiten. Dies ist ihr auch gelungen. Das muß betont werden, da es in ganz Europa keine einzige Halle gibt, die ohne Subventionen auskommen kann. Um ein kostendeckendes Wirtschaften zu erreichen, mußte die Geschäftsführung gewissermaßen Säulen errichten, die das Ganze tragen sollten. Zwei solche Säulen sind die Eisrevue und das Artistenprogramm. Als dritte Säule war gedacht, die Showprogramme der Stadthalle mitzufilmen und so billige Filme zu erzeugen. Die ersten dieser in der Stadthalle selbst hergestellten Filme haben auch Gewinne eingebracht. Bald aber kamen Proteste von seiten der Filmateliers in Wien, und die Geschäftsführung der Stadthallenfilm mußte veranlaßt werden, mit ihren Produktionen in diesen Ateliers zu gehen.

Zur Frage der Fachleute in der Stadthallen-Filmgesellschaft betont Stadtrat Glaserer, er sei durchaus damit einverstanden, daß man dieses Spezialgebiet, wie vorgeschlagen wurde, einem Expertenkomitee zuweist. Die Stadthalle ist in die "Nora" hineingegangen, um zu retten, was zu retten ist. Das war zu einer Zeit, als der Bertelsmann-Konzern durchaus nicht dieses Monopol angestrebt hat wie heute. Damals war die "Constantin" in einer schlechteren Situation als heute die "Nora". Kaum ein Geschäft ist eben mit solchen Risiken verbunden wie das Filmgeschäft. Die Wallace-Serie und die Karl May-Serie waren das Glück der "Constantin". Wir haben nun eine Staffel ausgelegt, und jetzt kommt es darauf an, ob die Staffel hält was sie verspricht, ob sie Erfolg hat; dann sind vielleicht alle Überlegungen überflüssig geworden.

Wir haben immer betont, daß wir kein städtisches Filmimperium wollen. Wir haben von allem Anfang gesagt, uns liegt auch nichts

an Stadthallen-Film. Was wir wollen ist, daß der österreichische Film auf eine breite gesamtösterreichische Basis gestellt wird, weil wir dann glauben, daß es möglich sein wird, den österreichischen Film in die Welt hinauszubringen. Die deutschen Verleiher haben es nicht leicht, in die Welt hinauszukommen, aber man ist jederzeit bereit, mit unseren Filmen in die Welt hinauszugehen. Freilich muß man erst eine Kondition haben, wenn man will, daß der österreichische Film in der Welt etwas gilt. Ein guter österreichischer Film kann aber nur dann entstehen, wenn es eine wirkliche österreichische Filmproduktion gibt. Wir wollten dem österreichischen Film die Chance geben, daß er sich entwickeln kann.

Der Redner betonte auch, daß die Stadthalle in Wirklichkeit ja nach wie vor das Eigentum der Stadt Wien bleibt. Er sei sich jedoch bewußt, daß die Gesellschaft schweren Jahren entgegengeht. Stadtrat Glaserer verwahrt sich jedoch dagegen, wenn durchgeklungen ist, als ob etwas nicht korrekt wäre, als ob Korruption im Spiel gewesen sei. Er versicherte in Namen des gesamten Aufsichtsrates, daß hier nicht das mindeste in Kanäle gegangen ist, wo es nicht hingehört hätte. Er sage dies nicht mit besonderem Stolz, denn für ihn sei eine solche Vorgangsweise eine Selbstverständlichkeit. In diesem Sinn werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Vizebürgermeister Slávik sagte im Schlußwort, wenn er den Namen Haselgruber gehört habe, finde er keine Verbindung zu den Problemen, mit denen wir uns heute beschäftigen. Hier ist ein Geschäft schlecht ausgegangen, dort aber wurden Provisionen bezahlt und Kredite nicht zurückgezahlt. Man soll deshalb nicht solche Vergleiche anstellen.

In der Filmproduktion könne es auch nicht Aufgabe der Gemeinderäte sein, als Filmfachleute zu gelten. Es kommt vielmehr darauf an, den Versuch zu unternehmen, die entsprechenden Fachleute zu finden. Wenn sie aber einmal erleben, daß ein Fachmann den anderen anerkennt, dann ist das ein wahres Wunder.

Man solle die Sache auch nicht so darstellen, als ob es eine Spezialität der Gemeinwirtschaft wäre oder der Betriebe der Stadt Wien. Man braucht nur die Zeitung zu lesen, um zu sehen, wieviel Ausgleichs oder Konkurse es gibt. Allerdings findet dann auch keine Gemeinderatssitzung mit einer Diskussion statt. Er habe nur den Wunsch, daß die Öffentlichkeit objektiv informiert wird.

Man müsse sich jedoch gegen eine Berichterstattung wehren, die den Tatsachen überhaupt nicht entspricht und eine echte Irreführung der öffentlichen Meinung darstellt. Gegen diese Art des Journalismus müssen wir uns zur Wehr setzen.

Selbstverständlich kann es auch in einem Bereich der Stadt Wien einmal Schwierigkeiten geben. Die Kontrollantsberichte zeigen aber, daß der größte Teil der Betriebe aktiv und gut arbeitet. Ja, wir haben private Betriebe konkursreif übernommen und zu einem hochaktiven Unternehmen gemacht.

Es wurde kritisiert, daß kein endgültiges Ergebnis in dem einleitenden Bericht zum Antrag enthalten ist. Das liegt daran, daß es unerhört schwierig ist, den vorhandenen Filmstock real zu bewerten. Deshalb wurde auch nur ein Rahmenbetrag angegeben. Die Verluste können daher geringer sein, es kann aber auch noch etwas hinzukommen. Deshalb spricht der Bericht von einem Rahmenbetrag zwischen 106 und 123 Millionen Schilling.

Wieso wir von der finanziellen Situation so spät erfahren haben: Es gibt ein noch nicht geregeltes Steuerproblem der Co-Produktionen und deshalb hat auch das Finanzamt zugestimmt, daß die Bilanzen erst später vorgelegt werden. Natürlich kann man für zu erwartende steuerliche Belastungen Mittel zurücklegen, die man zweckmäßigerweise auch höher halten sollte, als sie zu erwarten sind. Das Kontrollamt hat sich immer wieder um die Angelegenheit gekümmert. Als der Bilanzprüfer zur Auffassung kam, man müßte abschreiben, hat sich das Kontrollamt dieser Meinung sofort angeschlossen. Wir haben in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Bericht bekommen, der vom Bericht der deutschen Treuhandgesellschaft nur um 800.000 DM abweicht. Es wurden daraufhin alle notwendigen Maßnahmen sofort in die Wege geleitet. Es mußten jedoch vorerst die Voraussetzungen geschaffen werden, um überhaupt einen konstruktiven Vorschlag zu erstatten.

Wenn man sich die Filmproduktion ansieht, kommt man zu der Auffassung, daß Filme, die in einem größeren Rahmen und mit mehr Aufwand gedreht werden - vorausgesetzt sie gelingen - zu einem positiven Ergebnis kommen, ebenso wie jene Heimatfilme, die immer kritisiert werden. Dazwischen liegt der schlechte Film und leider auch der künstlerisch wertvolle, die vielfach finanziell nicht

entsprechend abschneiden. Stadtrat Glaserer habe ja bereits darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Stadthallenproduktion eine andere war, so lange sie selber als Produzent aufgetreten ist.

Zur Behauptung, die Filme werden im Ausland gedreht: Bis zum Oktober 1965 waren zwölf Filme für die Produktion vorgesehen, davon waren vier ausschließlich österreichische Filme und zwei bis drei weitere, die in Österreich gedreht werden sollten. Man war ständig bemüht, die Produktion zu einen großen Teil nach Österreich zu bringen.

Zum Filngesetz: Wien hat sich sofort bereiterklärt, bei den Verhandlungen auf Bundesebene mitzuwirken, damit man endlich zu einer österreichischen Filmproduktion kommt. Es sei bedauerlich, daß es leider bisher noch nicht dazu gekommen ist.

Zur Kapitalaufstockung: Es dürfte allen bekannt sein, daß seit der Gründung der Wiener Stadthalle sich einiges an Geldmarkt und beim Geldwert getan hat. Allein schon dadurch, daß das Geld etwas dünner geworden ist, erhöht sich der Bedarf an Umlaufmitteln. Dazu kommt noch, daß wir zuerst nur eine Stadthalle hatten, dann kam das Stadion dazu, das Stadionbad und die Radrennbahn, es kam die WIG mit dem Donaupark und jetzt sind wir mit der Eishalle beschäftigt. Wenn der Umfang der Tätigkeit größer wird und das Geld dünner, muß mit einer Aufstockung des Kapitals gerechnet werden.

Was die Geschäftsführung der "Nora" und der Stadthalle anlangt, müssen sicherlich Überlegungen angestellt werden. Vorher muß jedoch die Angelegenheit bereinigt werden. Stadtrat Glaserer habe ja einen Vertreter der ÖVP eingeladen, in den Aufsichtsrat mitzukommen.

Als erfreulich bezeichnet es der Vizebürgermeister, daß die Stadthalle selbst eine so positive Beurteilung gefunden hat. Das war schließlich nicht immer so. Er erinnert an die Diskussionen, wenn Stadtrat Heller eine Überschreitung beantragen mußte, was zu heftigen Debatten über die "Prunksucht" Anlaß gab. Die Meinungen ändern sich langsam und das sei erfreulich. Wir sind alle stolz auf die Stadthalle und man denkt nicht daran sie zu "opfern". Die Stadthalle-Betriebsgesellschaft geht nicht zugrunde und deshalb bleibt uns auch die Stadthalle erhalten. Der Rechnungshof hat jetzt erst eine Gesamtprüfung durchgeführt.

Zu den Anträgen selbst: Der Antrag auf Überprüfung durch den Rechnungshof sei hinfällig, da der Rechnungshofbericht bereits vorliegt. Der Referent empfiehlt den Antrag daher zur Ablehnung. Der Antrag, den Finanzausschuß einen detaillierten Bericht über die Verwendung der 190 Millionen zu geben, könne auf kurzen Wege erledigt werden: Von den 190 Millionen gehören 150 Millionen den Wiener Stadtwerken, 8 Millionen den Flughäfen und 15,6 Millionen der AUA. Das ergibt 173,6 Millionen. Es sind daher nur 16,4 Millionen Schilling offen, die für eventuelle Fälle bereitstehen. Damit sei der Antrag beantwortet, seine Annahme erübrige sich daher.

Den dritten Antrag, daß wir alle Beteiligungen überprüfen sollen wieweit sie an die Privatwirtschaft veräußert werden können, empfiehlt der Referent gleichfalls zur Ablehnung. Darüber brauche man nicht zu diskutieren, da man auf diesem Gebiet verschiedener grundsätzlicher Auffassung sei. Der Referent empfiehlt auch die Ablehnung des Antrages, wonach sich die Gesellschaft ausschließlich mit sportlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen beschäftigen sollte und eines weiteren Antrages, der verlangt, die notwendigen Beschlüsse zu fassen, das defizitäre Film- und Verleihgeschäft zu liquidieren. Österreich hat einmal als kleines und armes Land über eine gute Filmproduktion verfügt. Leider sind die Leute, die damals für die Produktion verantwortlich waren, heute nicht mehr in der Filmbranche tätig. Sie waren zu der Zeit, als sie jene Spitzenfilme herstellten, rund 27 Jahre alt. Man möge daher heute auch unseren jungen Kustschaffenden die Chance geben, etwas zu leisten.

Die Wiener Stadthalle wird sich bemühen müssen, die erlittenen Verluste zu mindern. Das sei eine harte Aufgabe. Trotzdem sei er der Meinung, daß wir alle Bemühungen unternehmen müssen, den Verlust für die Stadt Wien so gering wie möglich zu machen, wenn er überhaupt auf die Stadt Wien übertragen werden soll. So weit wie möglich soll der Verlust in Rahmen der Wiener Stadthalle wieder abgebaut werden. Zunächst soll dieser Versuch unternommen werden.

Wir haben heute ein heikles Problem diskutiert. Es war uns allen bewußt, daß eine wirtschaftliche Tätigkeit, die zu Verlusten geführt hat, Kritik herausfordert.

Dennoch sollten wir uns gemeinsam bemühen, das Positive und das Negative gegeneinander abzuwägen, um ein objektives Bild zu gewinnen.

Bei der darauffolgenden Abstimmung wurde der vorliegende Antrag mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Anträge der ÖVP und FPÖ fanden nicht die notwendige Unterstützung der Mehrheit.

Auch heuer wieder glanzvolle Wiener Festwochen

GR. Herbert Mayr (SPÖ) referierte einen Antrag, von seiten der Stadt Wien für die Wiener Festwochen 1967 einen Betrag von 7,3 Millionen zur Verfügung zu stellen. Unter dem Motto "Nachbarn an der Donau" werden die Festwochen ein reichhaltiges und kulturell hochstehendes Programm bieten.

GR. Ascherl (SPÖ) weist darauf hin, daß es in Europa bereits mehr als 150 sommerliche Festspiele gibt. Trotz dieser Festspiel-Inflation finden die Wiener Festwochen bei der Presse des In- und Auslandes große Beachtung. Die vorjährigen Uraufführungen von Werken von Hauer und Calderon hatten ebenso ein weltweites Echo wie das Einleitungskonzert mit Backhaus oder die Europa-Gespräche. Im Vorjahr haben 250 Journalisten aus 32 Ländern über die Festwochen Bericht erstattet. Die mehr als tausend Veranstaltungen wurden von rund 900.000 Personen besucht, von denen 20 Prozent aus dem Ausland und 80 Prozent aus dem Raum Wien kamen.

Die Eröffnungsfeier sollte in ihrer Programmgestaltung auf das Interesse breiter Publikumskreise Rücksicht nehmen. Wegen dieses Interesses muß auch um zumutbare Eintrittspreise ersucht werden. Es ist sehr zu begrüßen, daß das neue Nachtstudio im Theater an der Wien Eintrittspreise zwischen 8 und 40 Schilling festlegte. Bei den Festwochen geht es nicht um Kommerz, sondern um Kunstförderung.

Der rege aktive Anteil der Wiener Bevölkerung an den Festwochen, vor allem bei den Bezirksveranstaltungen und beim Jugendsingen ist eine besondere Eigenart dieser Einrichtung. 1966 gab es mehr als 400 Bezirksveranstaltungen mit rund 140.000 Besuchern. Wiederholungen wertvoller Bezirksveranstaltungen in der festspiellosen Zeit sind in Erwägung zu ziehen. Vielleicht könnte man auch die finanziellen Zuschüsse für die Bezirke erhöhen.

Das diesjährige Motto "Nachbarn an der Donau" reiht sich den Festwochenthemata vergangener Jahre würdig an. Es betont die Brückenfunktion Wiens und wird im Donaauraum neue Kontakte herstellen. Manche Ensembles werden unter diesem Motto erstmals seit Jahrzehnten wieder nach Österreich kommen. Ein musikalisches Erlebnis läßt die erstmalige vollständige Wiedergabe der Werke Gustav Mahlers erwarten.

Ein großer Teil der Subventionen wird auch heuer wieder den Privattheatern, Privatorchestern und verschiedenen kulturellen Vereinigungen zufließen. 1966 gingen von den Festwochenmitteln 3,5 Millionen an private Veranstalter. Dies stellt eine nicht unbeträchtliche Kunstförderung durch die Stadt Wien dar.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

21,6 Millionen Schilling Theatersubventionen

GR. Sackmayer (SPÖ) stellt den Antrag, für folgende Wiener Theater Subventionen in der Gesamthöhe von 21,607.000 Schilling zu bewilligen: Theater in der Josefstadt (mit Neben Bühnen) 4,541.000 Schilling, Volkstheater (einschließlich Außenbezirke) 5,885.000 Schilling, Raimundtheater 3,481.000 Schilling, Theater an der Wien 7,7 Millionen Schilling. Dabei sind nur die ständigen Subventionen berücksichtigt, die sich heuer gegenüber 1966 um 5,854.280 Schilling erhöhen.

GR. Julius Fischer (SPÖ) betont, daß Theatersubventionen keineswegs eine rein österreichische Angelegenheit sind. Auch alle Theater Westdeutschlands müssen subventioniert werden. Die 91 städtischen Bühnen und 30 Länderbühnen Westdeutschlands erhielten in der Spielzeit 1963/64 insgesamt 250 Millionen DM (das sind rund 1,6 Milliarden Schilling) an Zuschüssen für den laufenden Betrieb. 30 Millionen DM (195 Millionen Schilling) wurden für Neubauten und größere Umbauten ausgegeben. Diesen Subventionen standen Einnahmen in Höhe von 125 Millionen DM (812 Millionen Schilling) gegenüber.

Bei einem Vergleich der diesjährigen Subventionen für die oben angeführten Wiener Theater mit jenen des vergangenen Jahres ergeben sich folgende Erhöhungen:

./.

Volkstheater und Theater in der Josefstadt je 1,8 Millionen, Raimundtheater 1,4 Millionen, Theater an der Wien 854.280 Schilling. Das ergibt eine Gesanterhöhung der Subventionen um 5,854.280 Schilling.

Dazu kommen aber noch die "Sonstigen Zuwendungen", die 1966 immerhin den Betrag von 584.875 Schilling ausmachten.

Subventionierung der Mittel- und Kleinbühnen: Die Wiener Kammeroper erhält ab 1967 für die Wintersaison 700.000 Schilling (statt bisher 500.000 Schilling) und für ihre Produktionen in Schönbrunner Schloßtheater während der Sommermonate 350.000 Schilling. Damit wird die Subventionierung der Kammeroper heuer die Millionengrenze überschreiten. Die Wiener Kleinbühnen werden zu ihren Prämien ein Fixum in der Höhe von 5.000 Schilling pro Monat erhalten. Insgesamt erhöht sich der Subventionsbetrag für die Wiener Mittel- und Kleinbühnen von bisher einer Million auf 1,450.000 Schilling.

Das Theater der Jugend, das enge Kontakte mit dem Kulturamt der Stadt Wien unterhält, wird für seine Eigenproduktionen in Theater an der Wien Subventionen in Höhe von 1,5 Millionen Schilling erhalten. Die Subventionen für das Jugendabonnement der Stadt Wien (gegenwärtig 15.000 Abonnenten) betragen jährlich 1,6 Millionen Schilling.

Gemeinderat Julius Fischer betont, daß aus diesen Zahlen eindeutig hervorgeht, daß für die Wiener Theater durch direkte und indirekte Subventionen außerordentlich viel getan wird. Daneben darf man jedoch nicht vergessen, daß die Stadt Wien neben der Förderung des Theaters auch noch viele andere kulturelle Aufgaben zu bewältigen hat.

Besuchersfrequenzen der Wiener Privattheater

Abschließend gibt der Debattenredner einen außerordentlich interessanten Überblick über die Besuchersfrequenzen der von der Stadt Wien subventionierten großen Wiener Privattheater:

<u>Spielzeit</u>	<u>Gesamtbesuch</u>	<u>Durchschnittsfrequenz (%)</u>
<u>Theater in der Josefstadt (mit Abonnement):</u>		
1963/64	305.619	86,8
1964/65	247.059	84,6
1965/66	272.402	79,4
<u>Kammerspiele (ohne Abonnement):</u>		
1963/64	158.360	84,4
1964/65	177.082	75,1
1965/66	154.568	80,3
<u>Kleines Theater im Konzerthaus (mit Abonnement):</u>		
1963/64	32.252	88,7
1964/65	36.798	91,7
1965/66	38.271	95,6
<u>Volkstheater (mit Abonnement):</u>		
1963/64	375.812	66,9
1964/65	364.194	67,1
1965/66	321.107	60,2
<u>Volkstheater in den Außenbezirken (ohne Abonnement):</u>		
1963/64	61.851	72,5
1964/65	61.192	72,1
1965/66	50.925	62,4
<u>Theater an der Wien (ohne Abonnement):</u>		
1963/64	168.540	73,1
1964/65	147.835	58,6
1965/66	183.312	63,8
<u>Raimundtheater (ohne Abonnement):</u>		
1963/64	274.866	58,6
1964/65	306.575	69,8
1965/66	279.225	64,6

GR. Lauscher (KLS) stellt anschließend fest, daß die Grundeigentümer des Raimundtheaters den Abbruch dieser Bühne planen. Wie er von Stadtrat Gertrude Sandner erfahren habe, könne die Stadt Wien keinen Einfluß auf den Eigentümer ausüben. In eigenen Recherchen habe er feststellen können, daß der Eigentümer ein Verein sei, der der ÖVP sehr nahe stehe. Vielleicht wäre es also der ÖVP möglich, einen Einfluß auf diesen Verein auszuüben und ihn dazubringen, eine Kompromißlösung zu finden. (Zwischenruf GR. Mühlhauser, ÖVP: Der Eigentümer ist angeblich eine Bank, kein Verein!) Die Stadt Wien sollte jedoch alles tun, um dieses Theater zu erhalten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

650.000 Schilling für die Viennale 1967

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) stellt den Antrag, dem Verein "Wiener Filmfestwochen" zur Durchführung der Viennale 1967 eine Subvention in der Höhe von 650.000 Schilling zu gewähren.

GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) weist darauf hin, daß sich die alljährlich in Wien abgehaltene Viennale in der ganzen Welt bereits einen guten Namen gemacht hat. Diese Veranstaltung sei ein gutes Mittel im Kampf gegen die Humorlosigkeit unserer Zeit. Es sei nicht einfach, gute Filmlustspiele zu finden, vor allem deshalb, weil Brutalität und Sex ein weitaus besseres Geschäft sind. Dazu kommt, daß ernste Filme wesentlich leichter zu drehen sind als wirklich heitere. Außerdem ist es eine eher seltsame Tatsache, daß sich die Menschen leichter zum Weinen bringen lassen als zum Lachen, oder, was noch schwerer ist, zum Lächeln.

Die Vorbereitungen für das diesjährige 7. Filmfestival des Humors sind bereits im Gange. Diesmal werden auch heitere Kinder- und Jugendfilme vorgeführt werden. Da die vorjährige Viennale-Ausstellung über die Geschichte des österreichischen Films ein großer Erfolg war, hat man sich auch für heuer bemüht, eine solche Veranstaltung durchzuführen. Man hatte vor, den berühmten tschechoslowakischen Puppenfilmer Jiří Trnka nach Wien einzuladen. Leider aber hat ihn uns die Weltausstellung in Montreal gewissermaßen abengagiert. Wahrscheinlich aber wird es doch gelingen, Trnka im Herbst nach Wien zu bekommen.

Die Rednerin zitiert dann anerkennende Pressestimmen aus der Schweiz, aus Italien, aus Deutschland und sogar aus Indien. Überall hat die Viennale ein günstiges und positives Echo gefunden, meint sie. Und auch im Lächeln liegt etwas eminent Völkerverbindendes. In diesem Sinne möge die Viennale weiterwirken.

GR. Dr. Strunz beschränkt sich im Schlußwort darauf, "nach dieser Laudatio der Debattenrednerin" nochmals um Annahme des Antrages zu bitten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten ein- stimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die Vorsitzende, GR. Nora Hiltl, schließt die Sitzung des Gemeinderates.

(Endes des Sitzungsberichtes)

Verkehrsbetriebe-Werbebus fährt wieder
=====

20. Jänner (RK) Wie bereits vor Weihnachten wird auch jetzt wieder der Werbebus der Wiener Verkehrsbetriebe neben seiner Tour in die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland, Arbeitswillige in Wiener Gemeindegebiet werben. Durch einen in den Wiener Kinos laufenden Personalwerbefilm und bunte Prospekte unterstützt, fährt das rollende Personalbüro der Verkehrsbetriebe ab Montag, den 23. Jänner, wieder durch folgende Bezirke Wiens:

Die Aufstellungsorte und Zeiten:

Montag, 23. Jänner: 8,30 Uhr Praterstern; 10,30 Uhr Kagran, Donaufelder Straße; 13 Uhr Leopoldauer Platz; 15 Uhr Nordrandsiedlung Möllplatz; 17 Uhr Stammersdorf.

Dienstag, 24. Jänner: wird er mit den gleichen eineinhalbstündigen Aufenthaltszeiten Wallensteinplatz; Schöpfleuthnergasse; Strebersdorf; Jedleseer Gartenstadt; Augartenbrücke, Aufstellung nehmen.

Mittwoch, 25. Jänner: Stadlau, Genochplatz; Stadlau, Neustraßacker; Aspern, Siegesplatz; Eßling, Schule; Groß Enzersdorf, Konradkaserne.

Donnerstag, 26. Jänner: fährt der Bus zum letzten Mal in dieser Woche und zwar zu denselben Zeiten wie an den vorhergegangenen Tagen und ist jeweils am Karmelitermarkt, in der Klosterneuburger Straße, Gerasdorf, Illgasse; Breitenlee und Schöpfleuthnergasse in Aktion.

Sehr geehrte Redaktion!

Die "Rathaus-Korrespondenz" ersucht, obige Meldung im Interesse der Allgemeinheit und zur Bekämpfung der Personalnot bei den Verkehrsbetrieben möglichst ungekürzt (soweit es die Aufstellungs-orte und Zeiten betrifft) zu veröffentlichen.

- - -

Bahnhof Währing mit neuer Gleisschleife

=====

20. Jänner (RK) Dieser Tage wurde beim Straßenbahn-Bahnhof Währing die erweiterte Gleisschleife Antonigasse-Lacknergasse in Betrieb genommen. Diese Schleife, die eine Vorbereitung für den geplanten Umbau des Vorkopfes des Betriebsbahnhofes ist, bringt den Bewohnern des Viertels auch eine neue Haltestelle: Sie ist eine sogenannte Sicherheitshaltestelle und befindet sich vor der Einmündung der Lacknergasse in die Kreuzgasse. Es ergibt sich für die Fahrgäste somit die Möglichkeit, bei den in den Bahnhof einzuziehenden Zügen bis zu dieser Haltestelle mitzufahren. Bisher mußte man bereits bei der Rosensteingasse aussteigen.

Im Zusammenhang mit dieser Gleisschleife wurden auch drei neue elektrische Weichenstellvorrichtungen eingebaut.

- - -

Volkshochschulen-Vortrag über die Wiener Stadtplanung

=====

20. Jänner (RK) Im Rahmen der von der Volkshochschule Margareten, 5, Stöbergasse 11-15, veranstalteten Vortragsreihe "Wiener Großstadtprobleme" findet der erste Vortrag am Montag, dem 23. Jänner, um 19.30 Uhr statt. Der Leiter der Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung, Architekt Georg Conditt, spricht über "Auf dem Weg zum Wien von morgen". Unter diesem Motto wird die Tätigkeit der Wiener Stadtplanung beleuchtet.

An den Vortrag schließt sich eine freie Diskussion an, die unter der Leitung von Dr. Wolfgang Wunsch steht. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

- - -

Schilift Hohe Wand-Wiese ab morgen wieder in Betrieb
=====

20. Jänner (RK) Wegen der derzeit herrschenden tiefen Temperaturen konnten die zehn "Schneekanonen" auf der Hohen Wand-Wiese in den letzten Tagen wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Sie haben in ununterbrochenem Einsatz so viel Schnee erzeugt, daß die Piste in ihrer vollen Länge einwandfrei befahrbar ist. Morgen Samstag wird daher auch der Schilift auf der Hohen Wand-Wiese wieder den Betrieb aufnehmen können.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

20. Jänner (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 5 bis 6 S, Karotten 5 bis 6 S, Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Apfel 6 bis 8 S, Birnen 6 bis 8 S, Orangen 4 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Wien besonders geeignet für internationale Bauten
=====

Bürgermeister Marek wendet sich gegen falsche Berichte

20. Jänner (RK) Zu der heute erschienenen APA-Meldung in Angelegenheit UNIDO-Baugelände erklärte Bürgermeister Marek, daß ihm Gerüchte ähnlicher Art zur Kenntnis gebracht wurden. Er sagte wörtlich: "Ich halte es für ausgeschlossen, daß die mit der Projektierung der UNO-Bauten befaßten Beamten und Funktionäre der Stadt Wien sich in einer, den tatsächlichen Verhältnissen widersprechenden Weise geäußert haben.

Jeder Wiener weiß, daß das in Aussicht genommene Gelände besonders geeignet ist und allen Voraussetzungen gerecht wird, die für Errichtung von internationalen Bauten beansprucht werden können. Ich hoffe, wenn solche Gerüchte, deren Unhaltbarkeit jeder Wiener kennt, den Vertretern der UNIDO zu Ohren kommen sollten, sie von allen österreichischen Stellen als Falschmeldung bezeichnet werden und ihnen mit allem Nachdruck entgegengewirkt wird.

Jeden Wiener rufe ich als Zeugen auf, daß es in den für den Bau vorgesehenen Gebieten weder Moskitos noch Slums gibt!"

- - -